

tja?!

Ausgabe 3 - Sommersemester 2023



MACHT

WIR SUCHEN DICH!



Fotografie
Grafik Design
Layouting
Illustration



Schreiben
Recherchieren
Interviews führen



Social Media
Finanzierung
Marketing

Das Thema für die nächste Ausgabe ist:

**SOZIALE UNGLEICHHEIT
& UNGERECHTIGKEIT**

Bei Interesse folgt uns auf Insta-
gram oder schreibt uns eine Mail.
Dort gibt es mehr Informationen.



@tja_diezeitschrift



tja@ovgu.de

Vorwort

Liebe Leser*innen

Von physischer Stärke bis hin zu politischer Autorität - Macht hat viele Formen und wird je nach kulturellem und sprachlichem Kontext unterschiedlich verstanden.

Im Chinesischen *quánli* und Japanischen *kenryoku* ist die Bedeutung des Wortes Macht eng mit dem Begriff der Autorität verbunden und betont die Verantwortung, die mit Führung und Kontrolle einhergeht. Im Arabischen wird *sulṭa* sowohl mit politischer Autorität als auch mit göttlicher Macht assoziiert, was die Bedeutung von Spiritualität und Glaube für das Verständnis der Natur der Macht unterstreicht. Die deutsche *Macht* und *le pouvoir* (franz.) ist mit Kontrolle und Herrschaft assoziiert, während das englische *power* sich neben politischen oder sozialen Einfluss, wirtschaftliche und finanzielle Kontrolle auch auf physische Stärke und Kraft beziehen kann. Das russische *власть vlast* ist hingegen eng mit Hierarchie und zentraler Autorität verbunden.

In unseren Artikeln und Beiträgen werden wir uns mit diesen unterschiedlichen Auffassungen von Macht auseinandersetzen und die Auswirkungen und Herausforderungen der Machtausübung in verschiedenen Kontexten untersuchen. So findet ihr auf S. 7-13 ein Artikel und eine Infografik, welche die Machtstrukturen in Wissenschaft und an der OVGU beleuchten. Wie Geld sich auf die Politik in Deutschland und der USA auswirkt, untersucht Kaleigh in ihrem Artikel auf S. 22. Bei dem Artikel von Daniel geht es sogar bis nach Kolumbien: Wie sich dort die Char Familie über mehrere Generationen an Macht gehalten hat und welchen Einfluss diese auf die nationale Politik haben, erfahrt ihr ab S. 19. Außerdem findet ihr im Ressort Internationales auf S. 22 auch ein Gespräch von Rosa mit zwei internationale Studierende aus dem Iran, welche über ihre persönlichen Erfahrungen und Eindrücken zu den Protesten nach dem Tod von Mahsa Jina Amini erzählen. Die Students for Climate Justice möchten mit #Hochdruck den Klimaschutz an den Hochschulen voranbringen, wie sie das anstellen möchten erzählen Leonie und Helena im Interview ab S. 17. Wie sich hingegen die Klimapolitik unter dem Gesichtspunkt von Macht- und Herrschaftsverhältnissen verhält, geht Paula im Gespräch mit Prof. Böcher auf S. 42 nach.

tja, dann viel Spaß beim Lesen dieser und vieler anderen Beiträge und Artikel!

Bis zum nächsten Mal,
Hanna für die tja?! Redaktion



MACHT



1

UNI & MAGDEBURG

7

ARTIKEL
ist alles gut und richtig, wie es ist?

14

INFOSEITE
Macht im Kontext studentischer Initiativen

17

INTERVIEW MIT STUDENTS FOR CLIMATE JUSTICE
#HOCHDRUCK

3

INTERNATIONAL

32

ARTIKEL
CHAR – Das Erbe der Macht

37

INTERVIEW
Zan, Zendegi, Azadî





2

**POLITIK &
GESELLSCHAFT**

22

KOMMENTAR
Geld und Macht

25

ARTIKEL
Sexualisierte Gewalt und Macht

28

KOMMENTAR
Angst, Drill und Tränen – Machtmissbrauch im Sport

30

BEITRAG
Das Aufstreben

4

WISSENSCHAFT

40

INTERVIEW MIT DR. IN GUDRUN REINDL
Das Machtmotiv aus Psychologischer Sicht

42

INTERVIEW MIT PROF. DR. BÖCHER
Macht in der Klimakrise

46

Impressum



UNI & MAGDEBURG



ist alles gut und richtig, wie es ist?

von Hanna Westermann

Macht an der OVGU und in der Wissenschaft

Im November 2022 wurden Ergebnisse einer Umfrage zu geschlechtsbezogener Gewalt an Hochschulen und Forschungseinrichtungen von dem Leibniz-Institut in Köln veröffentlicht. Dabei gingen 42.000 Antworten von Studierenden und Mitarbeitenden aus 46 Institutionen in Europa in die Ergebnisse ein. 56% der Männer, 66% der Frauen und 74% der nicht-binären Personen gaben an, genderbasierte Gewalt erfahren zu haben. Die Projektverantwortliche, Dr. Anke Lipinsky, kommentierte die Ergebnisse wie folgt: „Geschlechtsbezogene Gewalt ist ein systemisches Problem, das wissenschaftliche Einrichtungen nicht weniger betrifft, als andere Teile der Gesellschaft. Die Daten [...] zeigen deutlich, dass geschlechtsbezogene Gewalt überall und gegenüber allen Geschlechtern vorkommt.“ Was macht die Institution Universität zum Schauplatz von so viel Gewalt? Welche Strukturen begünstigen den Missbrauch von Macht? Wie verhält sich das an der OVGU, wissen Studierende wie sie sich bei Diskriminierung wehren können? Wie kann man sich überhaupt wehren? Diese Fragen gingen mir durch den Kopf, als ich das erste Mal von dieser Studie erfuhr. Mit je mehr Studierenden ich über dieses Thema austauschte, desto bewusster wurde mir, wie fremd die Struktur der Universität für viele von uns ist, obwohl wir mehrere Jahre unseres Lebens hier verbringen: Da gibt es Gremien, Fachschafträte, den Studierendenrat, Fakultätsräte, den Senat. Aber was ist was? Wer wählt wen und wo wird was entschieden? Machtdynamik ist ein fester Bestandteil des universitären Lebens, wobei verschiedene Personen und Gruppen ein unterschiedliches Maß an Macht und Einfluss haben. Überall, wo es diese Machtdynamiken gibt, können diese natürlich auch missbraucht werden. Die Frage ist, wie sich eine Institution entscheidet mit dieser Problematik umzugehen. Also, welche Vorkehrungen getroffen werden, um Missbrauch zu verhindern und welche Schritte eingeleitet werden, sollte ein solcher Fall

eintreten. Um den Umgang der OVGU und des Universitätsystems im Allgemeinen mit diesen Fragen zu erfahren, starteten Paula und ich unsere Recherche für diesen Artikel im Herbst 2022. Unser Ziel war es also nicht nur einen Überblick über den strukturellen Aufbau der Universität zu bekommen, sondern auch die Erfahrungen von Akteur*innen aus verschiedenen Positionen in diesem System zu sammeln. Paula konzentrierte sich dabei auf das Aufschlüsseln der Frage, wie die Macht in der Universität durch den institutionellen Aufbau strukturiert ist. Während ich mich mit der Frage beschäftigte, wie dieser Aufbau die Studierenden und Mitarbeitenden beeinflusst und an welchen Stellen angesetzt wird, um Machtmissbrauch zu verhindern. Um einen möglichst umfassenden Einblick zu bekommen, versuchten wir uns mit Menschen zu treffen, die uns einen Einblick in die Strukturen

OVGU & STRUKTUR

*Wahlen sind meist im Juni.

STUDIERENDE

wählen*

Die Fachschaftsräte

- FHW
- FMB
- FMA
- FME
- FWW
- FEIT
- FVST
- FIN
- FNW

Die Fachschaftsräte kümmern sich um die fakultätsinterne Beratung und Betreuung von Studierenden und Studieninteressierten. Die Fachschaft ist Drehscheibe zwischen den Studierenden und den verschiedenen Gremien/Einrichtungen der Hochschule, fördert studentische Projekte und organisiert (Fakultäts-)Partys und die Erstsemesterwoche.

entsendet Mitglieder

wählen*

Der Studierendenrat (StuRa)

15 gewählte Mitglieder*

11 Referate

- BSGR
- Queer Campus
- FemRef
- RIA
- Referat für mediale Gestaltung
- Nightline
- Kulturreferat
- BIPOC Referat
- Sportreferat
- Hochschulpolitisches Referat
- Referat für Klimagerechtigkeit & Nachhaltigkeit

Der Studierendenrat ist das höchste studentische Gremium an der OVGU. Die gewählten Mitglieder vertreten politische Hochschulgruppen und stehen meist auf Wahllisten.

Aktuell vertretene Wahllisten sind:

fintastisch(2)	OLLi (5)
OvGUPride (2)	Liste der WiWis (3)
RCDS (2)	nicht zugehörig (1)

Zu den Aufgaben des StuRas gehören die Belange der Studierenden an der Uni und in der Gesellschaft zu vertreten. Außerdem fördert der StuRa studentische Projekte und den Studierendensport, pflegt überregionale Studierendenbeziehungen und organisiert Veranstaltungen und Seminare.

Die Fakultätsräte

Der Fakultätsrat ist das oberste Entscheidungsorgan jeder Fakultät. Er ist für alle Beschlüsse auf Fakultätsebene zuständig. Jeder Fakultätsrat wird durch ein Dekanat geleitet. Es führt unter anderem Berufungsverfahren durch.

Das Dekanat

gewählt auf 4 Jahre

Dekan*in | Prodekan*in | Studiendekan*in

wählen

Mitglieder mit Stimmrecht

- Dekan*in
- Hochschullehrer*innen
- Wissenschaftliche Mitarbeiter
- nichtwissenschaftliches Personal
- Studierende
- Gleichstellungsbeauftragte*r

Kommissionen

- Prüfungsausschuss
- Studienkommission
- Forschungskommission
- Kommission internationales Studium
- Pressekommission
- Gerätekommission

Institute

Prüfungsamt

FAKULTÄTSEBENE

wählen*

Der Senat

Der Senat ist das oberste Gremium der Uni. Als Selbstverwaltungsorgan beschließt er die universitäre Grundordnung und hat gesetzgebende, beratende, strategische und kontrollierende Leitungsaufgaben.

Beratung und Unterstützung

Das Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus 5 stimmberechtigten, nicht-universitären Mitgliedern.

Das Rektorat

gewählt auf 4 Jahre

Rektor*in | 3 Prorektor*innen | Kanzler*in

↑ wählen

Mitglieder mit Stimmrecht

- Rektor*in
- Hochschullehrer*innen
- Wissenschaftliche M.
- Wissenschaftsunterstützende M.
- Studierende
- Gleichstellungsbeauftragte*r

Mitglieder mit beratender Stimme

- Prorektor*innen
- Kanzler*in
- Dekan*innen der Fakultäten
- Promovierendenvertretung
- Sprecher*in des StuRa
- Beratende Beauftragte
- Ehrensensator*innen
- Beauftragte und Kommission für wissenschaftliches Fehlverhalten
- Vertrauensdozent*in
- Ombudsmann*frau

entsendet

berät

Das Rektorat leitet den Senat und die Universität. Es entscheidet zusammen mit dem Senat, den Fakultäten und Fachbereichen über Vereinbarungen mit den Ministerien und die Verteilung der zugewiesenen Mittel.

Der*die Rektor*in ist Vorsitz des Rektorats und legt dessen Richtlinien fest. Der*die Kanzler*in ist Beauftragte*r für den Haushalt und Vertreter*in des nicht-wissenschaftlichen Personals der Uni. Die Prorektor*innen sind Vorsitzende der Kommissionen.

UNIVERSITÄTSEBENE

von Paula Meißner

der Universität geben können und womöglich auch über einen sensibilisierten Blick auf die Frage nach Machtdynamiken verfügen. Daher wandten wir uns an die Gleichstellungsbeauftragten, studentischen Vertreter*innen in der Hochschulpolitik, sowie Hochschulgruppen und Arbeitsgemeinschaften, welche sich mit Macht im Unikontext auseinandersetzen. Aus den zahlreichen Gesprächen und Interviews entstand die Infografik (S. 8-9) und dieser Artikel, welcher einen Einblick in die Machtstrukturen, die Arbeit gegen Machtmissbrauch, aber auch die Probleme die weiterhin existieren, geben soll. Im ersten Teil dieses Artikels möchte ich die Erfahrungen und Probleme der Menschen an der OVGU in den Vordergrund stellen, während im zweiten Teil in einem Gespräch mit Dr.in Tina Jung, der derzeitigen Marianne-Schminder-Gastprofessorin, die Vermachtung des Wissenschaftssystem im Mittelpunkt steht.

An der OVGU gibt es Gleichstellungsbeauftragten auf zentraler Ebene der Universität, in den Fakultäten, der Verwaltung und den zentralen Einrichtungen. Sie werden für eine Amtszeit von zwei Jahren durch die Studierendenschaft und alle Mitarbeitenden gewählt. Die Gleichstellungsbeauftragten sind vor allem bei Berufungs- und Einstellungsverfahren gefragt, sowie bei allen anderen gleichstellungsrelevanten Fragen, welche die Uni betreffen. Darüber hinaus sind sie in Unterstützung mit dem Büro für Gleichstellungsfragen (BfG) auch in beratender Funktion tätig. Neben den Gleichstellungsbeauftragten gibt es auch von Seiten der Studierenden das Engagement sich einerseits mit den Machtverhältnissen an der OVGU auseinanderzusetzen, aber auch aktiv etwas daran zu ändern, z.B. im Rahmen des FaRaFIN Awareness Referat oder der AG Antidiskriminierung an der medizinischen Fakultät. Abgesehen von konkreten Beschwerden setzt sich die AG und das Referat auch für einen barrierefreien Campus und ein barrierefreies Studium ein, sodass chronische Erkrankungen oder Behinderungen nicht zu einem Ausschluss von Studium oder Beruf führen.

Bei den Gesprächen mit Studierenden und Gleichstellungsbeauftragten, wurden mehrere Punkte immer wieder angesprochen:

- BIPOC Personen und internationale Studierende sind in den unterschiedlichen universitätspolitischen Instanzen unterrepräsentiert.

- Studierende wissen meist nicht, wie die Uni funktioniert und aufgebaut ist. Auch wenn dies durch Eigeninitiative versucht wird, ist es oft schwierig einen tatsächlichen Überblick zu bekommen.
- Das BfG hat gute Intentionen. Es fehlt aber an Befugnissen bzw. einer zentralen möglichst hürdenlosen Meldestruktur von Machtmissbrauch.
- Viele Angebote setzen nach Diskriminierungsfällen ein. Es sollte verstärkt auch verpflichtende Schulungen für Lehr- und Führungspersonal in Sachen Diskriminierung geben.
- Internationale Studierende sind oftmals nicht über ihre Rechte und Stellen, bei denen sie sich bei Benachteiligung melden können, aufgeklärt. Dazu kommt die Sprachbarriere, denn nicht alle universitären Webseiten sind auch auf Englisch verfügbar oder werden regelmäßig geupdatet.
- Der Einsatz von Studierenden in der Hochschulpolitik steht nicht allen offen, da diese sehr zeitaufwendig sein können.
- Oftmals ist es schwer verantwortliche Personen ausfindig zu machen oder zu erreichen, da diese oft mehrfach belastet sind und geringe Kapazitäten haben.
- Der Senat als das Entscheidungsgremium der Universität ist sehr Professor*innen lastig, Studierende und Mitarbeitende sind verhältnismäßig unterrepräsentiert.¹

Während der Recherche zu diesem Artikel stieß ich auch auf Vorfälle von Machtmissbrauch, welche sich an der OVGU ereignet haben. Eine ehemalige Studierende berichtet von einem Dozenten, welcher in seinen Vorlesungen rassistische Kommentare gemacht haben soll. Er benutzte wiederholt den Begriff „Rassen“ in Bezug auf Menschengruppen und brachte „Rassen“ mit verschiedenen psychologischen Eigenschaften in Verbindung. Darüber hinaus rassifizierte er wiederholt Studierende, indem er vermeintlich nicht-deutsche Studierende in diesen Vorlesungen nach ihrer Herkunft befragte oder ihnen eine gewisse Herkunft unterstellte. Andere Studierende bestätigten diese Anschuldigungen. Die Verwendung des Begriffs „Rasse“ in der psychologischen Forschung ist weiterhin kritisiert worden, weil er wissenschaftlich nicht fundiert ist und schädliche Stereotypen und Diskriminierung verstärkt. Während die akademi-

¹ Stand Dezember 2021 gab es insgesamt 2.924 Personen (haushalts- und drittmittelfinanziert) die an der OVGU arbeiteten, knapp 7% davon sind Professor*innen. Stimmberechtigt im Senat stellt diese Gruppe jedoch mehr als die Hälfte mit 14 von 25 Personen. Die Gruppe der 13.143 Studierenden (Stand WS 21/22) sind durch 3 stimmberechtigte Studierende vertreten, die damit gerade Mal 4% des Senats ausmachen.

sche Forschung und der akademische Diskurs eine kritische Untersuchung und eine respektvolle Debatte erfordert, untergräbt der Dozent diese Grundsätze, indem er laut Studierenden keine Einsicht und Gesprächsbereitschaft in Bezug auf die Verwendung des Begriffes „Rasse“ oder der Diskussion anderer wissenschaftlicher Veröffentlichungen zu diesem Thema zeigt. Obwohl das Problem unter Studierendenschaft und auch Lehrenden bekannt ist, ist der Dozent weiterhin in der Lehre im Einsatz.

Auch an der medizinischen Fakultät der OVGU, kam es zu solchen und ähnlichen Vorfällen, berichtet die AG Antidiskriminierung des FaRa Medizinische Fakultät. So fällt insbesondere ein Dozent mehrfach durch sexuelle Übergriffe, sowie diskriminierende, sexistische und rassistische Äußerungen auf. Dies wurde auch den Vorgesetzten gemeldet. „Ohne Konsequenzen,“ berichtet die AG, „der Dozent ist über alle Jahrgänge hinweg bekannt und gefürchtet.“ Weiter erzählen sie, dass dies zwar ein Extremfall sei, aber ein diskriminierendes und belästigendes Verhalten von Dozierenden kein Einzelfall ist. Dadurch, dass es keine Strukturen gibt solche Vorfälle gesammelt und strukturiert zu melden, gab es keine Konsequenzen. Es kam zu einem „Gefühl des ausgeliefert seins“ und führte zu der Notwendigkeit vonseiten der Studierenden etwas zu unternehmen: So ist die AG Antidiskriminierung entstanden. Aber trotz der Gemeinschaft ist es schwierig für sie gegen Professor*innen vorzugehen, bzw. diese mit den Vorwürfen zu konfrontieren: „Oft werden wir als Studierende nicht ernst genommen, oder es wird behauptet, die Situation wäre ganz anders gewesen und die betreffende Person hätte es nur ‘falsch’ verstanden.“ Auch die Machtposition der Dozierenden, durch beispielsweise das Erteilen der Noten, hemmt Studierende Vorfälle zur Beschwerde zu bringen, oder gar ein Gespräch über die AG mit den entsprechenden Dozierenden einzuleiten, aus Angst noch mehr Diskriminierung zu erfahren.

Obwohl von der OVGU von unterschiedlichen Seiten Bemühungen unternommen werden, um Machtmissbrauch zu verhindern, ist dies augenscheinlich bisher noch nicht an allen Stellen möglich. Es ist von entscheidender Bedeutung, ein sicheres und unterstützendes Umfeld für alle Student*innen und Mitarbeiter*innen zu schaffen, und dies kann nicht erreicht werden, wenn Personen, die ihre Macht in dieser Weise missbrauchen, in

ihren Positionen bleiben dürfen.

„Wissenschaft ist vermachtet, auf allen Ebenen“

Mit Tina Jung traf ich mich per Zoom. Dr. Tina Jung ist momentan Marianne-Schminder-Gastprofessorin an der OVGU, mit Teildenomination Gender Studies. Sie erzählte mir, dass sie gerade auch durch den neuen Titel „Gastprofessorin“ verstärkt gemerkt hat, wie sich Titel und Position auf viele Interaktionen im universitären Rahmen auswirken: „Es gibt schon eine andere Aufmerksamkeit für Professuren – auch dann, wenn sie eben ‚nur‘ Gastprofessuren und somit auf kurze Dauer gestellt sind“. Das eröffne einerseits Möglichkeitspielräume, sagt sie; andererseits drückt sich darin auch aus, dass das System Wissenschaft hierarchisch aufgebaut ist, mit verschiedenen Vor- und Nachteilen. Außerdem habe der Wissenschaftsbetrieb seine ganz eigenen Anerkennungsökonomien. So gibt es unterschiedliche Währungen, in denen sich Macht ausdrücken kann: Die Anerkennung kann an die Reputation der Professor*innen geknüpft sein oder sie hängt von der Akquise der Drittmitteln oder dem Prestige der Publikationen ab. Macht muss aber in doppeltem Sinne gedacht werden, betont sie. Nur die problematische Seite zu sehen, verhindert wahrzunehmen, dass Macht „gerade für Gruppen, die lange Zeit nicht gleichberechtigter Teil von Wissenschaft waren und sind, wie beispielsweise Frauen oder Queers, etwas sehr Positives sein kann.“ Gelangen also Gruppen, die marginalisiert wurden oder werden, an Positionen, die mit mehr Macht verbunden sind, dann können sie eben auch Themen mehr Aufmerksamkeit schenken, welchen vormals nicht viel Gehör geschenkt wurden.

„Manchmal wird es gar nicht wahrgenommen, dass das, wie man sich in der Universität bewegt, mit Macht zu tun hat“, bemerkt sie. Nicht nur die Interaktion zwischen den Statusgruppen wird durch Macht geprägt, sondern beispielsweise auch die Art und Weise, wie Seminare gestaltet sind, beeinflussen, die Möglichkeit, am Diskurs teilzunehmen und sich zu engagieren. Ein Beispiel, wie Macht auch in Lehrveranstaltungen einfließt, lässt sich durch Bourdieus Theorie zum Kapital erklären. Dabei ist insbesondere das kulturelle Kapital interessant, welches immaterielle Ressourcen, wie beispielsweise das soziale Netzwerk einer Person, Sprachkenntnisse und das Verständnis kultureller

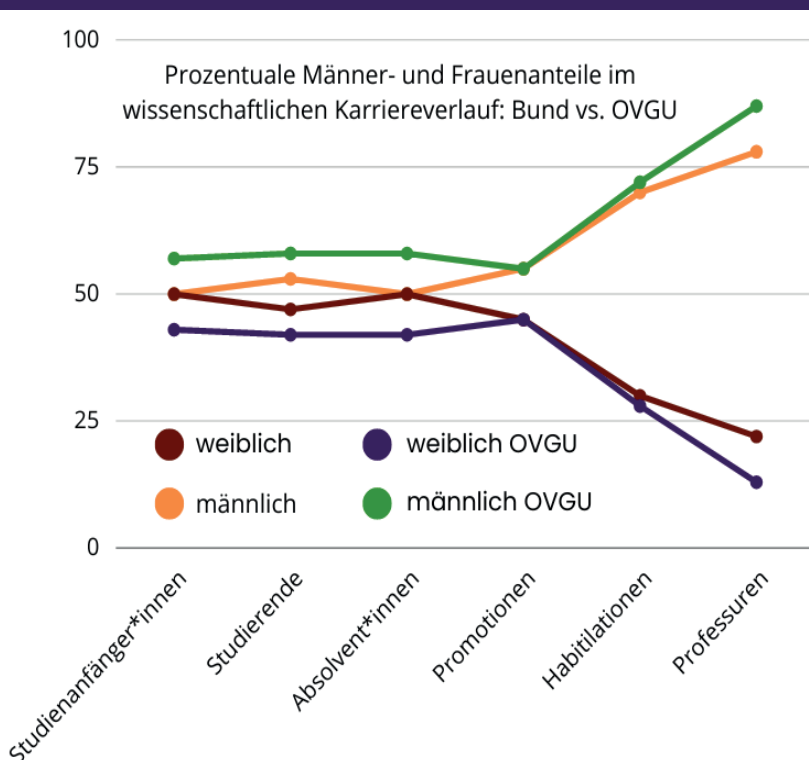
Normen und Praktiken, die von der Gesellschaft geschätzt werden, beschreibt, die Individuen soziale Vorteile verschaffen und ihre Position und Macht innerhalb der Gesellschaft beeinflussen können. So fühlen sich Studierende, die aus privilegierten Verhältnissen stammen und von klein auf mit dem akademischen Diskurs in Berührung gekommen sind, möglicherweise wohler bei der Teilnahme an Lehrveranstaltungen, als Studierende aus nicht-akademischen und/oder migrantischen Verhältnissen, auch Geschlechterverhältnisse spielen eine Rolle. So sind auch diese Interaktionen durch Machtverhältnisse geprägt, die es für manche Studierende erschwert, sich in vollem Umfang am akademischen Diskurs zu beteiligen. „Deshalb betrachte ich es als Teil meiner Aufgabe, aktiv dazu beizutragen, dass in Seminaren eine Arbeits- und Gesprächskultur hergestellt wird, in der sich möglichst alle gut einbringen können.“

Tina Jung betont, dass das weithin wirksame, als solches aber unsichtbar gemachte Ideal des Wissenschaftssystems die Vorstellung von „Wissenschaft als Lebensform“ ist. Die Idee also, dass sich der gesamte Lebensentwurf an die Ansprüche des Systems anpassen muss. Gerade Personen, welche Care-Aufgaben zu erfüllen haben – was in unserer Gesellschaft doch noch vor allem Frauen vorbehalten ist – können dieser Anforderung der hundertprozentigen Aufopferung nicht gerecht werden und fallen hinten herunter. Schaut man sich die Statistiken zu den Frauenanteilen in der akademischen Laufbahn an, so waren im Jahr 2020 noch

mit 51,7 % Absolventinnen knapp in der Mehrheit. Dieser Anteil sinkt jedoch drastisch, je weiter die akademische Laufbahn fortgeschritten war: Bei Promovierenden lag der Anteil von Frauen bei 45,1 % und bei Personen, die eine Habilitation abgeschlossen hatten bei nur noch 35,1 %. Hauptberufliche Professorinnen machten im Jahr 2020 nur einen Anteil von 26,3 % aus. Auch für die OVGU existieren Zahlen, welche in dem Gleichstellungskonzept 2018 veröffentlicht wurden und den prozentualen Frauenanteil auf verschiedenen Qualifizierungsstufen (Stand 12/2017) abbilden. Auch wenn der bundesweite Durchschnitt nicht direkt mit diesen Zahlen verglichen werden kann, da diese aus unterschiedlichen Jahren stammen, lässt sich ein ähnlicher Trend an der OVGU beobachten. Gerade auf der höchsten Qualifikationsstufe fällt der Frauenanteil mit nur knapp 21 % Professorinnen (12/2021) noch geringer als im Bundesdurchschnitt aus. Diese Unterrepräsentation von Frauen kann nicht allein auf Care-Aufgaben zurückgeführt werden, sondern ist ein komplexes Problem, zu denen auch andere miteinander verknüpfte Faktoren beitragen. Dadurch, dass es vor allem Statistiken gibt die den Männer- und Frauenanteil vergleichen, wird diese systemische Ungleichheit beim Zugang zu Macht und Ressourcen, auf der Grundlage des Geschlechts, sehr deutlich aufgezeigt. Während die Unterrepräsentation von Frauen in der akademischen Welt also gut dokumentiert und als ernstes Problem erkannt wurde, erhalten andere marginalisierte Gruppen nicht das gleiche Maß an Aufmerksamkeit oder Fürsprache, obwohl sie mit ähnlichen

Hindernissen und Diskriminierungen konfrontiert sind. Während es also wichtig ist, sich weiterhin mit der Unterrepräsentation von Frauen in der Wissenschaft zu befassen, ist es auch von entscheidender Bedeutung, die Unterrepräsentation anderer marginalisierter Gruppen zu erkennen und anzugehen und die Intersektionalität in den Bemühungen um mehr Vielfalt, Gerechtigkeit und Integration in der Wissenschaft zu berücksichtigen.

Tina Jung meint, dass in den letzten Jahren stärker thematisiert wird, was es heißt, in der Wissenschaft zu arbeiten und was für Risiken und Probleme damit verbunden sind: „Die fehlende Planbarkeit, die



Quelle: „Gleichstellungskonzept OVGU 2018“ nach amtl. Statistik der OVGU vom 01.12.2017 und Statistisches Bundesamt. Frauenanteile an Hochschulen in Deutschland 2019 bis 2021 [Data set]. Zitiert nach de.statista.com. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249318/umfrage/frauenanteile-an-hochschulen-in-deutschland/>.

Prekarität, die Mobilitätsanforderungen und dass es eben nicht allein mit wissenschaftlicher Befähigung und Qualifikation zu tun hat, ob es dann am Ende mit einer entfristeten Professur klappt.“ Ein akademischer Werdegang fordert oft lange Arbeitszeiten und ein hohes Arbeitspensum, was Menschen mit Behinderungen, Betreuungspflichten oder anderen Verpflichtungen außerhalb der Wissenschaft benachteiligen kann. Viele der Unsicherheiten akademischer Karrieren lassen sich auf die Möglichkeiten zu Befristungen durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) zurückführen. Dieses regelt die Möglichkeiten der Befristung von Arbeitsverträgen des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals im akademischen Mittelbau. Damit sind alle Mitarbeitenden gemeint, die weder eine Professur innehaben noch zu den Studierenden oder Mitarbeitenden in Technik oder Verwaltung zählen. Im Jahr 2018 betrug der Anteil des befristeten Personals im deutschen Mittelbau unter 45 Jahren 92 %. Diese gesetzliche Regelung findet ihre Begründung in dem Wahlpruch „Innovation durch Fluktuation“. Aus Sicht des Gesetzgebers ist zur Sicherstellung der Leistungs- und Innovationsfähigkeit des Wissenschaftssystems dieser „regelmäßige Austausch des Personals“ (Bundestag 2006: 11) notwendig. Wissenschaftler*innen können also bis zu 6 Jahre vor und nach ihrer Promotion befristet beschäftigt werden und damit die Qualifizierungsphase vorantreiben. Nach Ablauf der Höchstbefristungsdauer, werden die Mitarbeiter*innen dann entweder entlassen, dauerhaft beschäftigt, oder es findet sich ein weiterer befristeter Vertrag aufgrund anderer Bestimmungen.

„Die Abhängigkeit vieler Wissenschaftler*innen, die im wissenschaftlichen Betrieb tätig sind, ist natürlich auch ein fruchtbarer Boden, auf dem Machtmissbrauch wachsen kann“, sagt Tina Jung. Wenn Leute nicht entfristet sind und aufgrund der Begutachtung eines Artikels oder der nächsten Qualifikationsarbeit immer Abhängigkeit von Vorgesetzten oder Gutachter*innen besteht, macht es das natürlich unendlich schwer, diesen Missbrauch auch zu thematisieren. Das Netzwerk „Machtmissbrauch in der Wissenschaft“ hat Gründe zusammengetragen, warum Betroffene sich häufig

nicht wehren. Dazu gehören Unsicherheit über Möglichkeiten und Anlaufstellen, fehlendes Wissen über eigene Rechte, aber auch Angst davor, dass Informationen nicht vertraulich behandelt werden oder man sogar mit Nachteilen zu rechnen hat. Dabei gilt Machtmissbrauch seit 2019 durch den DFG-Kodex als wissenschaftliches Fehlverhalten. „An solchen Entwicklungen kann man aber sehen, dass sich sehr viel bewegt“, erzählt sie. Unter den Hashtags #IchbinHanna und #IchbinReyhan verschaffte sich der wissenschaftliche Nachwuchs mehr und mehr eine Stimme in diesem Diskurs. Auch #MeToo in der Wissenschaft, Initiativen zu sexuellem Missbrauch in der Wissenschaft und zu Machtmissbrauch im Allgemeinen haben das Potenzial viel zu verändern und vielen Menschen zu helfen. Andererseits schränkt Tina Jung diese Aussage doch etwas ein: „Es sind noch dicke Bretter zu bohren, um das Wissenschaftssystem von Grund auf zu Gunsten von Planbarkeit, Sicherheit und Vereinbarkeit mit anderen Lebensinhalten wie Fürsorge zu verändern.“ Es gäbe eine Beharrungskraft, dass die Organisation des deutschen Hochschulsystems gut und richtig sei, wie sie ist. ●

Anlaufstellen bei Diskriminierungserfahrungen

Gleichstellungsbeauftragte der Fakultäten

jede Fakultät hat eine*n/mehrere Gleichstellungsbeauftragte*n, eine Liste dieser und den Kontaktinfos findest du hier:

<https://www.bfg.ovgu.de/Gleichstellungsbeauftragte.html>

Büro für Gleichstellungsfragen der OVGU:

gleichstellungsbeauftragte@ovgu.de

Antidiskriminierungsstelle SA:

<https://antidiskriminierungsstelle-sachsen-anhalt.de>

Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus & Diskriminierung:

<https://www.alltagsrassismus-entknoten.de/>

Zentrale Meldedienststelle für die Registrierung von Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTIQ* in Sachsen-Anhalt:

<https://www.dimsa.lgbt/>

AG Antidiskriminierung FaRa Med:

antidiskriminierung@fara-med.de

Awareness-Referat FaRa FIN:

awareness@farafin.de

Netzwerk gegen Machtmissbrauch in der Wissenschaft:

<https://www.netzwerk-mawi.de/>

Macht im Kontext studentischer Initiativen

Macht ist in unterschiedlichen Umgebungen und Zusammenhängen präsent. An der OVGU gibt es diverse studentische Initiativen, die durch studentisches Engagement entstanden sind und sich mit unterschiedlichen Thematiken auseinandersetzen. Im Folgenden stellen sich vier studentische Initiativen mit ihrem Bezug zu Macht vor. Wie können studentische Initiativen Macht ausüben? Wie erfahren sie Macht? Oder was bedeutet Macht überhaupt in ihrem Kontext?

von Sarah Richard



SIDUM e.V.

Unsere Initiative zeichnet sich insbesondere durch flache Hierarchien aus. Der Vorstand wird jährlich neu gewählt und übernimmt die strategische Leitung und Lenkung des Vereinslebens. So liegt einerseits die Macht der Aufgabendelegation bei den fünf Vorständen, andererseits müssen diese sich vor den Mitgliedern bei Neuwahlen stellen und sich bei den Vereinstreffen vor den Mitgliedern für getroffene Entscheidungen verantworten.

Durch unsere LinkedIn- und Instagram-Präsenz versuchen wir, die Aufmerksamkeit von Studierenden, Unternehmen und Non-Profit-Organisationen auf uns zu ziehen.

Durch unser facettenreiches Angebot möchten wir so zur Mitwirkung und Zusammenarbeit anregen und auf diese Weise einen positiven Einfluss auf unsere Umwelt erzielen.

Als studentische Beratung, die einen Einblick in die Consultingbranche bietet, sind wir unter anderem auf die Kooperation mit Unternehmen angewiesen. Sei es durch Vorträge, Workshops oder auf dem zweimal jährlich stattfindenden Kongress unseres Dachverbandes – der Kontakt und die Zusammenarbeit mit Unternehmen ist für uns unerlässlich. Hier ist es selbstverständlich, dass wir uns den Wünschen und Vorstellungen unserer Kooperationspartnerschaften anpassen, um die erfolgreiche Zusammenarbeit zu gewährleisten. Zudem ist unser übergeordneter Dachverband uns gegenüber in gewissem Umfang weisungsbefugt, weshalb wir uns als Mitgliedsverein bestmöglich nach den beschlossenen Regularien richten und diese schnellstmöglich umsetzen.

*Die studentische Unternehmensberatung der Landeshauptstadt Magdeburg, SIDUM e.V., ist die Hauptanlaufstelle für Studierende, um Praxiserfahrungen, Weiterbildung und Networking zu verbinden. Dank mehr als 40 engagierter Magdeburger Studierender verschiedenster Fachrichtungen vereinen wir das strategische Denken der Wirtschaftswissenschaftler mit den innovativen Ansätzen der Ingenieur*innen und digitalisieren es mit dem Können unserer IT-Spezialisierten.*



INGENIEURE OHNE GRENZEN

Ingenieure ohne Grenzen e.V.

Wissen ist Macht – Wir teilen daher unser Wissen und setzen auf nachhaltigen Wissenstransfer.

Wer über Wissen verfügt, kann dieses Wissen für eigene Zwecke nutzen und damit Macht ausüben. Diesen grundlegenden Zusammenhang formulierte der englische Philosoph Francis Bacon bereits im 16. Jahrhundert. Auf ihn geht auch das bekannte geflügelte Wort „Wissen ist Macht“ zurück. Aus diesem Zusammenhang zwischen Wissen und Macht folgt, dass die Vermittlung von Wissen – insbesondere an benachteiligte Gruppen – dazu beitragen kann, bestehendes Machtgefälle zu verringern, indem die Eigenständigkeit gestärkt wird und somit die Lebensbedingungen dieser Gruppen zu verbessern.

Tatsache ist jedoch, dass in vielen ärmeren Ländern der Welt nur ein sehr eingeschränkter Zugang zu Wissen besteht. Dies gilt vor allem für abgelegene, ländliche Regionen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Teilweise fehlt es an der notwendigen Infrastruktur, teilweise ist der Zugriff auf entsprechende Angebote mit hohen Kosten verbunden oder sie werden nur in einer Fremdsprache angeboten. In jedem Fall führen diese Einschränkungen dazu, dass den betroffenen Gruppen viele Entwicklungsmöglichkeiten verwehrt bleiben und sie sich aus eventuellen Abhängigkeiten schwer lösen können.

Ingenieure ohne Grenzen e.V. setzt daher bei seinen Projekten genau an dieser Stelle an: Wir führen unsere Projekte

grundsätzlich immer gemeinsam mit lokalen Organisationen durch. Dabei ist es uns wichtig, dass wir voneinander lernen und die Zusammenarbeit partnerschaftlich und auf Augenhöhe verläuft. Gemeinsam entwickeln und erforschen wir lokal angepasste Lösungen und verwenden möglichst regional verfügbare Materialien. Unsere Arbeit beruht dabei auf dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“, d.h. es ist unser Ziel, einen nachhaltigen Wissenstransfer zu gewährleisten, sodass unsere Partnerschaften das gewonnene Wissen zukünftig selbst anwenden können, um die Projekte vor Ort eigenständig weiterzuführen. Im Idealfall wirken sie dabei sogar als Multiplikatoren, um das Wissen in der Region möglichst effektiv weiterzuverbreiten. Durch diese neu erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse sind unsere Partnerschaften zudem in der Lage, unabhängig von Unterstützung von außen das Wissen anzuwenden und Projekte zu realisieren. Dieses Jahr haben wir – die Regionalgruppe Magdeburg – beispielsweise zusammen mit einer Berufsschule in Tansania eine solar-betriebene Warmwasseranlage an einer Mädchenschule errichtet. Gleichzeitig haben wir die Berufsschule befähigt, selbst solche Anlagen zu errichten, um das Wissen und die Fähigkeiten auch zukünftigen Jahrgängen von Schüler*innen zu vermitteln. Dieser Wissenstransfer wiederum stärkt die Eigenständigkeit der Region.

Ingenieure ohne Grenzen e.V. ist eine gemeinnützige und unabhängige Organisation der Entwicklungszusammenarbeit. Unsere Mission ist es, mit technischem Wissen die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, um das Zusammenwachsen der Welt zu fördern. Deshalb planen und realisieren wir Infrastrukturprojekte und leisten Bildungsarbeit im In- und Ausland. Die Regionalgruppe Magdeburg ist als studentische Initiative an der OVGU angegliedert. Hierdurch bieten wir dir die Möglichkeit, ein Teil dieser Mission zu werden und das im Studium erworbene, theoretische Wissen praktisch anzuwenden! Unsere Aktivitäten erstrecken sich dabei von der Projektarbeit im Ausland bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit für den Verein im Raum Magdeburg. Wir sind daher stets auf der Suche nach engagierten Mitstreitenden – egal welchem Studiengang du angehörst!

Studentischer Börseverein Magdeburg

Studentische Initiativen nehmen einen ganz besonderen Einfluss auf das Campusleben. Sowohl für Firmen und Organisationen als auch für Studierende sind diese Einrichtungen eines der wenigen Instrumente, mit welchen die Pläne der Universität langfristig beeinflusst werden können. Finanzfirmen unterstützen den Börseverein mit dem Ziel, dem Verein Popularität zu verschaffen, was der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften eine höhere Priorität zukommen lässt. Es kommt zu mehr Finanzkursen an der OVGU, welche mehr

Wirtschaftsstudierende anlocken, die wiederum dem Verein beitreten und später potenzielle Arbeitnehmende bei den unterstützenden Firmen werden. Ein ähnlicher Kreislauf lässt sich auch in allen anderen Fakultäten oder zwischen politischen Organisationen und politischen studentischen Initiativen beobachten. **Somit ist die Macht studentischer Initiativen ein wichtiger Motor in der anhaltenden Evolution der Universität und der kulturellen Landschaft.**

Bei jungen, karriereorientierten Erwachsenen türmen sich stets viele unerwartete Fragen. Wie baut man ein wertvolles Netzwerk auf? Wo lernt man Softskills? Wohin mit dem ersten, eigenen Geld? Seit 1994 hilft der studentische Börseverein Magdeburg aus.

Queer Campus Magdeburg

In unserer Gruppe nimmt Macht unterschiedliche Rollen ein. Wir sind zwar selbstorganisiert und jedes Mitglied hat ein demokratisches Stimmrecht, aber unsere Referent*innen haben in der Regel das letzte Wort über Beschlüsse. Wir arbeiten daran nach und nach Macht unter allen Mitgliedern zu verteilen, z. B. durch das selbstständige Arbeiten in einem gewählten Aufgabenbereich. Wir wollen, dass alle Beteiligten ihre eigenen Meinungen und Ideen einbringen, welche bei der Entscheidungsfindung immer berücksichtigt werden müssen.

Strukturelle Änderungen an der Uni auf den Weg zu bringen, ist die größte Hürde für uns; wir können zwar Forderungen aufstellen, wie z. B. die Einrichtung geschlechtsneutraler Toiletten, aber das heißt noch lange nicht, dass diese auch

umgesetzt werden. Das sind oft langwierige, kräftezehrende Prozesse, welche viele Gespräche, Argumente und Kompromisse benötigen. Da unser Referat von dem Engagement Studierender lebt, sind wir zeitweise kapazitiv recht eingeschränkt, denn ein Vollzeit-Studium kann herausfordernd sein und da noch die Zeit für ein Ehrenamt zu finden, ist nicht immer möglich. Zusätzlich müssen wir dem StuRa regelmäßig Rechenschaft über unsere Aktivitäten und Ausgaben ablegen und können natürlich außerhalb des Hochschulgesetzes keine Änderungen bewirken.

Die Macht anderer steht uns also manchmal im Weg, sie bindet uns aber nie vollständig die Hände.

Wir sind Queer Campus, das LGBTQIA Referat des Studierendenrates der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Wir repräsentieren die Interessen queerer Studis, indem wir offline und online über queere Themen aufklären, uns hochschulpolitisch engagieren und Schutzraum und Anlaufstelle für queere Studierende sind. Wir organisieren zudem kulturelle Events, wie Filmabende und Workshops und führen regelmäßige Stammtische zu verschiedenen Themen durch.*



#HOCHDRUCK

Hanna Westermann im Gespräch mit Leonie und Helena über Klimaaktivismus an Hochschulen, Macht und Ohnmacht und die #HOCHDRUCK-Kampagne an der OVGU.

Leonie und Helena trafen sich mit mir über Zoom um über ihre Erfahrungen zu sprechen. Sie studieren beide im Master Umweltpsychologie und engagieren sich bei den Students for Climate Justice.

Mir scheint, dass Macht und Ohnmacht zentrale Themen der Klimabewegung sind. Es geht um entscheidende Fragen für unsere Zukunft, und gleichzeitig geben die Entscheidungsträger*innen oft anderen Interessen den Vorrang. Wie empfindet ihr das?

Helena: Auf jeden Fall spielt Ohnmacht eine große Rolle, denn man fühlt sich oftmals gegenüber Entscheidungsträger*innen relativ klein, weil wir als Aktivist*innen keine Dinge entscheiden können, sondern primär appellieren. Ich glaube aber, dass man sich eine Stimme verschaffen kann, durch das Aktivwerden, mit Aktionen, Demos, Kampagnen, Gespräche und Verhandlungen mit Entscheidungsträger*innen. Dadurch kann man sich etwas von der Macht wieder zurückholen. Man kann auch viel erreichen und bewirken, und so bleibt dieses Ohnmachtsgefühl nicht bestehen, sondern kann in etwas Positive umgewandelt werden.

Zuletzt (am 21. November 2022) haben sich Teilnehmer*innen der Letzten Generation in Magdeburg auf den Asphalt geklebt, um auf das Thema der Klimagerechtigkeit aufmerksam zu machen und vielleicht auch um ihr Gefühl auszudrücken, alle anderen Mittel ausgeschöpft zu haben. Könnt ihr diese Aktionen nachvollziehen?

Helena: Nachvollziehen auf jeden Fall! Sie haben auch oft Transparente

dabei, auf denen sie zum Ausdruck bringen, dass gerade nicht genug passiert in der Politik. Und ich glaube, das können alle Menschen, die in der Klimabewegung aktiv sind, nachvollziehen. Und was mir vor allem auffällt ist, dass jetzt gerade die zwei größten Forderungen ‚das Tempolimit und das 9€-Ticket‘, beides Maßnahmen sind, die einen Rückhalt in der Bevölkerung haben und umsetzbar wären. Ich denke auch, dass diese verschiedenen Formen von Aktivismus zusammen mit zivilem Ungehorsam ganz viel bewegen können. Außerdem ist es wichtig, dass man unterschiedliche Protestformen in einer intakten Demokratie nicht gegeneinander ausspielen sollte, was manchmal

passiert, sondern diese als verschiedene Bewegungen ansehen sollte, die gemeinsam Druck erzeugen, sodass die Ohnmacht nicht mehr überwiegt.

Leonie: Und ich sehe zwar noch andere Möglichkeiten Einfluss zu nehmen, aber es geht gerade darum, dass nicht genug passiert. Wir müssen unsere Verantwortlichkeiten, also unsere Protestformen aufteilen, denn wir haben nur begrenzte Ressourcen und jeder der in der Klimabewegung aktiv ist und viele andere sicherlich auch, sehen, dass es nicht schnell genug geht. Das heißt, was in den letzten Jahren in der Klimabewegung erreicht und erkämpft wurde, das hat

HOCHSCHULGRUPPE STUDENTS FOR CLIMATE JUSTICE

Die Hochschulgruppe besteht seit 2019 und ist eine Ortgruppe von Students for Future. Im Zentrum steht ihr Einsatz für mehr Klimagerechtigkeit an der OVGU.

ORGANISATION

In verschiedenen Arbeitsgruppen werden unterschiedliche Themen bearbeitet, die die Nachhaltigkeit an der Uni ein betreffen, sowie Veranstaltung rund um Klimagerechtigkeit organisiert.

ZIEL

Schaffung einer verbindlichen Grundlage für Klimaschutz an der OVGU.

TREFFEN

Zweiwöchentliche Organisationsmeetings, aber gleichzeitig auch häufigere Treffen, um sich über bestimmte Themen austauschen oder gemeinsam Veranstaltungen zu besuchen.

MITMACHEN

Studierende aus allen Fakultäten sind willkommen! Informieren oder erreichbar über Instagram (@studentsforclimatejustice_md) oder per E-Mail (students.magdeburg@fridaysforfutur.is)

einfach nicht zu einem Fortschritt geführt, der zufriedenstellend ist. Und deshalb halte ich es für wichtig, dass wir alle unsere Möglichkeiten ausschöpfen, dass die Klimaziele schneller erreicht werden.

Helena: Da fällt mir noch eine Ergänzung ein, weil du gerade gesagt hattest, dass wir alle Ressourcen ausnützen müssen. Und zwar ist es wichtig, die Ressourcen zu bündeln und nicht die Klimabewegung, unabhängig von irgendwelchen sozialen Bewegungen oder sozialen Kämpfen zu trennen, sondern, dass geschaut wird, wie man Allianzen bilden und wo man sich verbünden kann. Das ist bei der Klimagerechtigkeit ein ganz großes Thema, dass die Bewegung nicht abgekapselt von anderen z.B. sozialen Gerechtigkeitsbewegungen geschehen darf.

Ihr setzt euch u.a. für die #HOCHDRUCK-Ziele ein. Können ihr diese kurz erläutern?

Leonie: Die #HOCHDRUCK-Forderungen wurden von Studierenden aus dem Students for Futur Umfeld erarbeitet, die diese als bundesweite Kampagne geplant haben und an welche wir uns dann angeschlossen haben. Alle Forderungen, die im Rahmen der Kampagne gestellt werden sind zentral, um den Klimaschutz an Hochschulen voranzubringen. Die Forderungen umfassen nicht nur die Reduktion von CO-Emissionen, sondern auch den sozialen Bereich, die Mobilität und die Teilhabe. Gerade, da es um die Transformationen von Hochschulen geht, muss es allen Studierenden möglich sein, sich einzubringen zu können, ohne dass sie ihre gesamte Freizeit dafür aufopfern müssen. Die Forderungen sind an vielen Hochschulen in mehreren Ländern gestellt worden, die Umsetzung erfolgt dann lokal, je nachdem was für Bedingungen dort gegeben sind. Durch Vernetzung mit anderen Hochschulen haben wir zu jeder Forderung Best-Practice-Beispiele gesammelt

und dadurch festgestellt wurde, dass viel möglich ist, wenn sich jemand dafür einsetzt, beispielsweise die Begrünung von Hochschulen, die Möglichkeit für Studierende sich zu engagieren oder die Senkung des Energiebedarfs an Hochschulen. Diese Best-Practice-Beispiele zeigen, dass die Forderungen alle umsetzbar sind und dass man durch gemeinsamen Druck viel erreichen kann.

Durch bundesweite Calls sind wir mit den anderen teilnehmenden Hochschulen vernetzt. Wir haben innerhalb Sachsen-Anhalts besonders viel Kontakt mit Halle, da diese die Forderungen auch gestellt haben. Das ist sehr wichtig für uns, damit wir die Forderungen an höhere Instanzen tragen können, vor allem auf die Landesebene, da vieles über das Land geregelt ist und die Akteur*innen der Hochschulen nicht in allen Punkten selber entscheiden können.

Diese Ziele sind Forderungen an Hochschulen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wo gibt es mit Blick auf die OVGU einen konkreten Handlungsbedarf?

Helena: Eigentlich kann innerhalb jeder Forderung noch was erreicht werden. Aber die OVGU ist im Vergleich zu anderen Unis in manchen Punkten schon weiter. Wir finden es vor allem wichtig, dass im Bereich von Credits für Engagement noch mehr passiert. Auch die Mensa kann sich noch weiter entwickeln in Richtung eines größeren vegetarischen und veganen Angebots. Eine Forderung bezieht sich auf den ÖPNV, da unser Semesterticket auf Magdeburg begrenzt ist, wäre es uns wichtig dieses auch zumindest auf Sachsen-Anhalt auszuweiten. Die Begrünung und damit Flächenentsiegelung des Campus ist ein weiterer Punkt, diese Notwendigkeit fällt schon beim Darüberlaufen auf: viel Parkraum und wenige schöne Aufenthaltsfläche. Es gibt gute Konzepte, um den Campus lebens-

wertiger zu machen und die Aufenthaltsqualität erhöht. Und auch zum Energiekonzept, das ist ein großes und einflussreiches Thema. Das alte Energiekonzept, was jetzt umgesetzt wird, basiert hauptsächlich noch auf Erdgas, das wird jetzt aufgrund des russischen Angriffskrieges natürlich alles nochmals überdacht. Da es jetzt wichtiger ist nicht mehr von fossilem Erdgas abhängig zu sein. Da muss sich noch viel tun, sodass wir irgendwann nur noch erneuerbare Energien an der Uni haben.

Ihr habt euch mithilfe eines öffentlichen Briefes am 24.10.2022 in Bezug auf die #HOCHDRUCK-Forderungen an die Universität gewandt. Was waren über die allgemeinen Ziele hinaus konkretere Forderungen an die Universität?

Leonie: Wir haben im Prinzip erstmal die Forderungen, wie sie waren, an die Uni weitergegeben. Ein paar Punkte, die schon im Positionspapier standen, haben wir kommentiert, also nochmal kleinere Ergänzungen dazu gemacht, um diese an die OVGU anzupassen.

Wurde auf euren öffentlichen Brief seitens der Universität reagiert? Steht ihr im Austausch mit der Universität?

Helena: Drei Wochen nachdem wir den Brief veröffentlicht haben und an das Rektorat verschickt haben, haben wir uns mit Vertreter*innen von dem Rektorat und der Verwaltung getroffen und ausgetauscht. Einige Punkte mussten geklärt werden und zudem haben wir besprochen, welche Punkte aus unserer Sicht und aus der Sicht des Rektorats umsetzbar sind. Es war gut ins Gespräch zu kommen und uns wurde zugesichert, dass unser Rektor, die Themen bei der Landesrektor*innenkonferenz nochmal ansprechen wird. Gerade der Punkt zu den Credits für Engagement wurde sehr positiv aufgenommen. Dazu werden wir weiter mit der Kommission für Studium und Lehre in Kontakt bleiben. Wir sind weiter im Gespräch und werden jetzt an unserer Stra-

1.

VERPFLICHTENDE MODULE ZU NACHHALTIGER ENTWICKLUNG UND KLIMANOTLAGE.

**CREDITS FÜR ENGAGEMENT:
GREMIEN-, INITIATIVENARBEIT UND AUSSERUNIVERSITÄRES
ENGAGEMENT MUSS IN ALLEN STUDIENGÄNGEN ANGERECHNET WERDEN
KÖNNEN.**

2.

3.

**REDUKTION DES ENERGIEVERBRAUCHS VON GEBÄUDEN UM 25% BIS ENDE
2022 UND 100 % ERNEUERBARE ENERGIEN BIS 2030.**

BIS 2025 SIND ALLE HAUPTGERICHTE DER MENSEN PFLANZLICH.

4.

5.

**KOSTENLOSES BUNDESWEITES ÖPNV-TICKET FÜR STUDIERENDE UND
MITARBEITENDE BIS 2022.**

**MEHR GRÜN ALS BETON! LEBENDIGE HOCHSCHULE
- NACH SCHWAMMPRINZIP MIT 40% ENTSIEGELTEN FLÄCHEN UND GUTEM
KLIMA.**

6.

7.

**BEZAHLBARES UND NACHHALTIGES WOHNEN FÜR STUDIERENDE
- 40% SOZIALER WOHNRAUM BEI NEUBAU UND NETTO NULL IN DER
ÖKOBILANZ.**

**BIS 2025 SIND ALLE GREMIEN, DEREN ENTSCHEIDUNGEN UNMITTELBAR
EINFLUSS AUF DIE STUDIERENDEN HABEN, PARITÄTISCH BESETZT.**

8.

9.

**MIND. 85% GRUNDFINANZIERUNG UND STABILE TRANSPARENTE
FINANZIERUNG DER HOCHSCHULEN DURCH DAS LAND & ZWECKBINDUNG
FINANZIELLER MITTEL AN KLIMASCHUTZ- UND ANPASSUNG!**

**DIVESTMENT: BIS 2025 INVESTIEREN HOCHSCHULEN NICHT MEHR
IN FOSSILE STRUKTUREN.**

10.

FORDERUNGEN

Mehr Infos unter <https://hochdruck.jetzt/>

#HOCHDRUCK-KAMPAGNE

tegie feilen, wie wir sicherstellen können, dass der Prozess schneller abläuft, da sich solche Forderungen schnell verlaufen können. Außerdem sind wir mit fast allen Fachschaftsräten in Kontakt, um noch breiter zu schauen: Was könnten die Rollen von Fachschaftsräten und von der breiten Studierendenschaft sein, um die Forderungen umzusetzen?

Wie könnt ihr Forderungen und Ideen innerhalb der Universität umsetzen? Gibt es Strukturen die sich speziell mit dem Thema Nachhaltigkeit und Klimawandel an der OVGU auseinandersetzen?

Leonie: Wir stehen nach Möglichkeit im Austausch mit dem Nachhaltigkeitsbüro, gegebenenfalls auch mit der Senatskommission Klima, die als Instanz direkt für diese Fragen verantwortlich ist. Wir versuchen in Zukunft, durch Inanspruchnahme dieser Strukturen, in Hinblick auf die Forderungen Druck auszuüben. Zunächst muss jetzt einen Umsetzungsplan aufgesetzt werden, der dann konsequent befolgt wird und der durch das Evaluieren von Zwischenzielen und Nachjustieren der Maßnahmen Erfolge erzielt.

Zudem ist Klima für uns ein Querschnittsthema, das eigentlich in allen Bereichen bedacht werden muss und das geschieht immer noch viel zu wenig. Im Prinzip müsste bei jeder Entscheidung, die über Neuerungen an der Uni getroffen wird und auch bei der Gelderverteilung, das Klima mitgedacht werden und das passiert noch nicht in ausreichendem Maße.

In welchen Bereichen konntet ihr bereits Erfolge an der OVGU bzw. in Magdeburg erzielen?

Helena: Ein großer Erfolg ist, dass es die Senatskommission Klima jetzt gibt. Die ist entstanden durch ein Positionspapier, das vor über einem Jahr vor dem Senat vorgestellt wurde. Das heißt, es gibt jetzt eine Senatskommission, die paritätisch besetzt ist, und sich nur mit Klimaschutzfragen be-

schäftigt und das gab es vorher nicht. Was aber auch Erfolge für uns sind, ist, wenn unsere Veranstaltungen gut besucht werden und wir viele Menschen erreichen und unsere Gruppe wächst, wir es also schaffen das Thema Klimagerechtigkeit auf dem Campus sichtbar zu machen. Das erreichen wir durch Veranstaltungsreihen wie die Public Climate School, eine große Bannermalaktion vom globalen Klimastreik auf dem Campus....

Leonie: ...Filmvorstellungen und Vorträge zum Beispiel zu den Themen von Nachhaltigkeit von Kryptowährung oder inwieweit man rassistische Strukturen durchbrechen muss um Klimagerechtigkeit zu erreichen. Wir organisieren öfter Veranstaltungen und Workshops, an denen die Hochschulöffentlichkeit und gerne auch andere Interessierte teilnehmen können.

Wie können sich Studierende an der OVGU für Klimagerechtigkeit engagieren und informieren, bei euch oder auch darüber hinaus?

Leonie: Natürlich kann man sich gerne uns anschließen, wir freuen uns immer über Leute, die gerne mitmachen oder neue Ideen einbringen möchten. Und dann gibt es die bereits erwähnten Institutionen, das Referat für Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit und die Senatskommission Klima. Es kommt so ein bisschen darauf an, ob man eher etwas veranstalten möchte oder an der Hochschulpolitik teilnehmen möchte. Man kann natürlich in den StuRa allgemein gehen und ich würde sagen, man kann sich auch engagieren, in dem man sich mit anderen austauscht und vernetzt. Dazu sind die Veranstaltungen, die von uns mitgestaltet werden oder organisiert werden oder auch von dem Nachhaltigkeitsbüro gute Gelegenheiten, mit z.B. der Public Climate School oder die öko-sozialen Hochschultage. Außerdem kann man sich noch bei unserem Instagramaccount oder der Seite vom Nachhaltigkeitsbüro informieren.

Helena: Es gibt natürlich darüber hinaus noch Fridays for Future in der Stadt, die die globalen Klimastreiks organisieren, bei denen man aktiv werden und zu den Demos gehen kann.

Leonie: Das Studium ist einfach eine gute Gelegenheit, um Leute kennenzulernen, die gleichen Interessen, gleichen Ambitionen haben, und gerade, wenn man sich für Nachhaltigkeit interessiert, kann man ganz viele Leute treffen, mit denen man gemeinsam viel bewegen kann. Es ist eine Zeit in der man einige Ressourcen hat, um Veranstaltungen zu planen, Probleme an die Öffentlichkeit zu tragen und ich glaube, es ist einfach eine super Möglichkeit sich während des Studiums zu engagieren, sei das jetzt in der Nachhaltigkeit, im Sozialen oder in anderen Bereichen. ●

POLITIK & GESELLSCHAFT





Geld und Macht

Kommentar von Kaleigh O'Brien

Geld und politische Macht sind seit der Erfindung des Zahlungsmittels eng miteinander verbunden. Diese Beziehung ist zwar im Hinblick auf die Regierungsorganisation klug, hat aber auch Auswirkungen auf das Leben der Bürger*innen und ihre Fähigkeit, ihre eigene politische Meinung auszudrücken, insbesondere in unserer heutigen demokratischen Struktur. Aber warum hat Geld solch großen Einfluss auf die politische Macht einer Person? Und wie wirkt sich das auf die Fähigkeit des*r Einzelnen aus, zu politischen Bewegungen beizutragen und sich politisch zu äußern? Diese Fragen sind weit gefasst, deswegen wird dieser Artikel sich nur auf die Vereinigten Staaten (USA) und Deutschland konzentrieren.

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir uns zunächst die historische Beziehung zwischen Geld, Politik und der USA Leben des*r Einzelnen ansehen. In jeder Regierungsform ist das Geld seit der Einführung eines standardisierten Zahlungsmittels an die herrschende politische Organisation gebunden. Es war für die Herrschenden von Vorteil, über ein einheitliches Mittel zur Regulierung der Wirtschaft zu verfügen, da es den fortlaufenden Handel und relativen Wohlstand für die Bürger*innen und die Herrschenden gleichermaßen garantierte. Die Verbindung zwischen Geld, Politik und der in den USA lebenden normalen Menschen zeigt sich jedoch in der Finanzierung von Wahlkämpfen, insbesondere in den demokratischen Strukturen, die in vielen Regierungen der Welt zu finden sind. Eine Wahlkampfspende, in diesem Fall in Form von Geld, ist eine der Möglichkeiten für den*die Einzelnen, die Kandidat*innen seiner*ihrer Wahl bei der Wahl in ein Amt spürbar zu unterstützen. In Deutschland beispielsweise erhalten Kandidat*innen und politische Parteien Finanzmittel aus drei Hauptquellen: Mitgliedsbeiträge, die Bundesregierung und private Spenden. Während die Funktion und das Funktionieren der Mitgliedsbeiträge selbsterklärend sind, ergibt sich das Geld, das jeder Partei von der Bundesregierung zugewiesen wird, aus der Anzahl der Wähler*innenstimmen, die die Partei bei der letzten Wahl gewonnen hat. Dahinter steht der Gedanke, dass eine Partei umso mehr öffentliche Mittel (Steuergelder) erhalten sollte, je mehr Einfluss sie in der breiten Öffentlichkeit hat. Dieser Geldpool ist an bestimmte Bedingungen geknüpft, nämlich dass eine Partei mehr als ein Prozent der nationalen Stimmen erhalten muss, um Geld von der Bundesregierung zu bekommen.

Jede*r kann einer politischen Partei so viel Geld zukommen lassen, wie er*sie will, solange die Partei ihre Spender*innen unverzüglich bekannt gibt.

Für private Spenden gibt es keine solchen Gesetze. Jede*r kann einer politischen Partei so viel Geld zukommen lassen, wie er*sie will, solange die Partei ihre Spender*innen unverzüglich bekannt gibt. Im Falle der extrem Reichen wäre es daher theoretisch möglich, wenn auch nicht besonders einfach, die Wahlmuster zu beeinflussen. Allerdings gibt es in der deutschen Politik keine Tendenz, dass Großspenden die Wahlergebnisse beeinflussen, da das Geld, das eine einzelne Person besteuern müsste, bei weitem durch die Beträge aufgewogen wird, die die beliebtesten Parteien bereits von der Bundesregierung erhalten. Für kleinere Parteien kann diese Art von privater und persönlicher Spende jedoch einen großen Unterschied in ihrer Wahlkampffähigkeit ausmachen. Im Gegensatz dazu erhalten die politischen Parteien in den USA kein Geld von der Bundesregierung. Jede*r Kandidat*in, der/die ein öffentliches Amt anstrebt, muss dies mit Wahlkampfmitteln tun, die aus drei Quellen stammen: kleine und große Einzelspenden, Großspenden von Unternehmen und Eigenfinanzierung. Es gibt einen Grund dafür, dass viele gewählte Amtsträger*innen in den USA über ein unabhängiges Vermögen zu verfügen scheinen. Nun mag es seltsam erscheinen, dass in dieser Liste zwei Kategorien von Privatspenden aufgeführt sind; sie unterscheiden sich jedoch grundlegend in ihrer Fähigkeit, den Ausgang von US-Wahlen zu beeinflussen. Trotz ihres demokratischen Rufes und des demokratischen Charakters ihrer Regierung können die USA aufgrund der vielen übermäßig wohlhabenden Einzelpersonen und multinationalen Unternehmen, die in den USA ansässig sind, bisweilen wie eine Oligarchie erscheinen.



Obwohl die USA und Deutschland eine ähnliche Haltung in Bezug auf die Beschränkung von Wahlkampfspenden und die Veröffentlichung dieser Spenden haben, sind die ausgegebenen Beträge sehr unterschiedlich. Deutschland ist für seine sparsamen Wahlen bekannt. Die letzte Präsidentschaftswahl in den USA war die bisher teuerste: Die Wahlkampfspenden beider Seiten beliefen sich auf insgesamt 14,4 Milliarden Dollar (12,24 Milliarden Euro). Für viele in der USA sind die unbegrenzten Möglichkeiten besonders wohlhabender Unternehmen ein Grund zur Besorgnis - die Unternehmen streben nach ihrem eigenen Profit, und in dem sie solch exorbitante Summen als Wahlkampfspenden bereitstellen, stellen sie sicher, dass die Kandidat*innen ihre Freundlichkeit später durch vorteilhafte Steuererleichterungen, zu ihren Gunsten erlassene Gesetze usw. zurückzahlen werden. Als dieses unbegrenzte Budget jedoch 2010 im Fall Citizens United vs. FEC (allgemein als Citizens United bekannt) vor den Obersten Gerichtshof gebracht wurde, entschied das Gericht, dass eine Begrenzung der persönlichen Ausgaben einer Einzelperson oder eines Privatunternehmens eine Einschränkung ihrer Redefreiheit bedeuten würde und somit ihre Rechte bis zum ersten Verfassungszusatz verletzen würde. Dieses Urteil ermutigte die Lobbyist*innen, mehr Geld für die Beeinflussung potenzieller Kongressmitglieder*innen und Präsidentschaftskandidat*innen auszugeben. Diese Lobbyist*innen reichen von Krankenversicherungsunternehmen wie Blue Cross Blue Shield, die eine privatisierte Gesundheitsversorgung in der USA aufrechterhalten wollen, über Lockheed Martin und Boeing Co, die eine langfristige Erhöhung der Militär-

ausgaben anstreben, um ihre eigenen Verträge mit dem US-Militär auszuweiten, bis hin zu Amazon, das Steuerbefreiungen und Schlupflöcher sucht, um seinen eigenen Gewinn zu maximieren.

All dies deutet darauf hin, dass Geld tatsächlich die Welt regiert. Trotz Basisbewegungen in jedem Land benötigen sie ein gewisses Maß an Investitionen von Durchschnittsbürger*innen und vom Staat, um bestehen zu können. Eine der besten Möglichkeiten, politische Parteien weiterhin zu unterstützen oder unter Druck zu setzen, besteht darin, ihre Einnahmequellen ins Visier zu nehmen. Wenn die politischen Kandidat*innen kein Geld in Form von persönlichen oder privaten Spenden erhalten, können sie nicht mehr so arbeiten, wie sie es gewohnt sind. Die persönliche Macht des*r Einzelnen kann dadurch zum Ausdruck gebracht werden, dass man Geld für verschiedene politische Parteien und Kandidat*innen ausgibt oder ihnen vorenthält.

Allerdings ist es schwierig, diesen Druck allein auszuüben. Während die Wohlhabenden in der Lage sein mögen, Millionen aus den Budgets der Kandidat*innen und Parteien abzuziehen, indem sie sich weigern, persönlich oder über ihre Unternehmen zu spenden, hat der Durchschnittsbürger nur begrenzte Möglichkeiten, den Ausgang der meisten politischen Wahlen zu beeinflussen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der*die Durchschnittsbürger*in die Macht kollektiver Bewegungen und sozusagen die "Macht des Volkes" erkennt. Während eine Person nur so viel tun kann, können viele Menschen einen tiefgreifenden Einfluss darauf haben, wie sich die staatliche, nationale und internationale Politik entwickelt. ●



Gastartikel von Wir sehen hin e.V.



Sexualisierte Gewalt ist ein Thema, das ungern angesprochen wird. Doch auch aus dem Grund, dass niemand darüber sprechen möchte, bleibt es ein Alltagsproblem, mit dem Gesellschaftsgruppen wie weiblich gelesene Menschen, Angehörige der LGBTQIA+ Gemeinschaft oder Menschen mit Behinderungen täglich konfrontiert werden.

Sexualisierte Gewalt und Macht

Statistiken zufolge gibt es mindestens jeden zweiten Tag eine Vergewaltigung in Deutschland; die Dunkelziffer wird dabei viel höher vermutet (www.wirsehenhin.de/fakten). Das liegt daran, dass viele Menschen eine Vergewaltigung nicht zur Anzeige bringen – zum einen etwa aus Angst, aus Scham oder weil es sich bei dem*der Täter*in um ein Familienmitglied handelt, zum anderen, da die polizeilichen Strukturen es den Betroffenen erschweren können, Anzeige zu erstatten.



Sexualisierte Gewalt ist ein Problem, welches tief in der Gesellschaft verankert ist. Dies kann im Diskurs um sexualisierte Gewalt beobachtet werden. So wird den Betroffenen oftmals vorgeworfen, sie seien selbst an einer Vergewaltigung oder einem anderen sexuellen Vergehen schuld, da sie beispielsweise betrunken oder zu leicht bekleidet gewesen seien. Die Verantwortung, sich vor sexualisierter Gewalt zu schützen, obliegt meist den Betroffenen. Sie sollen sich nachts nicht außerhalb ihrer Wohnung bewegen oder nicht feiern gehen. Dabei werden die tatsächlichen Schuldigen, die Ausübenden von sexualisierter Gewalt, aus der Verantwortung gezogen.

Sexualisierte Gewalt ist vor allem ein Instrument von Macht.

Diskussionen um sexualisierte Gewalt werden häufig einseitig geführt. Die Problematik wird aus dem Kontext genommen und als eigener Sachstand behandelt. Dabei wird, wenn man über sexualisierte Gewalt ohne den gesamtgesellschaftlichen Kontext spricht, eines oft verkannt: sexualisierte Gewalt ist vor allem ein Instrument von Macht. Das wird deutlich, wenn man betrachtet, welche Personen am häufigsten von sexualisierter Gewalt betroffen sind: Es sind Gruppen, die in der Gesellschaft zum Beispiel aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung Diskriminierung erfahren. Diese Diskriminierung, etwa bei der Arbeitssuche, dem Gehalt, der Wohnungssuche, aber auch in Form von Erfahrungen mit Gewalt, erhält den Status Quo: die Machtposition des weißen, heterosexuellen cis-Mannes. Während das in keinsten Weise bedeutet, dass ausnahmslos jeder weiße, heterosexuelle cis-Mann aktiv oder inaktiv an der Erhaltung dieses Machtgefälles beteiligt

ist, oder dass nicht auch solche Männer selbst von Gewalt und sexualisierter Gewalt betroffen sein können, so bedeutet es dennoch, dass dieses Machtgefälle existiert. Sexualisierte Gewalt ist eines der Symptome dieser patriarchalen Gesellschaft.#

Per Definition beginnt sexualisierte Gewalt, wenn das Recht einer Person auf sexuelle Selbstbestimmung verletzt wird, wenn sie also die Macht über ihren Körper verliert und auf einen Objektstatus reduziert wird. Es geht also in erster Linie um Selbstbestimmung.

Wenn eine Person nicht mehr über den eigenen Körper bestimmen kann, ist das eine der schlimmsten Formen von Machtverlust. Häufig geht diese mit Angstzuständen und körperlichen sowie psychischen Erkrankungen wie Depressionen einher. Zudem bedeutet es

aber auch einen Machtgewinn für die gewaltausübende Person. Dieser Machtgewinn kann im Ausmaß variieren, wie beispielsweise durch Catcalling, bei dem „nur“ für einige Sekunden oder Minuten eine Person auf einen Objektstatus reduziert wird, bis zu einem Machtgewinn durch Ausüben häuslicher Gewalt in Beziehungen oder sexualisierter Gewalt gegen Kinder durch Familienangehörige. Wichtig ist, dass diese verschiedenen Formen von Machtgewinn miteinander verbunden sind. Das bedeutet, dass Catcalling als möglicher Beginn des Machtgewinns und durch die Erfahrung, dass Macht gewonnen werden kann, die Ausübung schlimmerer Taten unterstützen kann. Wo bereits Machtgefälle bestehen, wie beispielsweise zwischen Erwachsenen und Kindern, Sportler*innen und ihre*r/m Trainer*in oder bei Personen mit Behinderungen und ihren Pflegenden, wird sexualisierte Gewalt häufiger ausgeübt. Durch den Machtmissbrauch durch sexualisierte Gewalt wird das Machtgefälle weiter ver-

stärkt.

Machtausübung mittels sexualisierter Gewalt führt des Weiteren zur Schließung von Räumen für marginalisierte Gruppen: Die (nächtliche) Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt, das Ausdrücken der eigenen Persönlichkeit kann nicht nach Wunsch erfolgen, berufliche Beförderungen kommen nicht, obwohl sie zu erwarten wären, und Familien können zur Gefahr werden. Diese Nachteile haben die begünstigten Personen des Patriarchats weniger zu befürchten. Natürlich kann Macht durch Gewaltausübung auch weiße heterosexuelle cis-Männer betreffen. Jedoch ist es wichtig zu bedenken, dass Diskriminierung aufgrund verschiedener Aspekte, wie beispielsweise des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Hautfarbe, Gewalterfahrungen für marginalisierte Gruppen wahrscheinlicher macht.

Auch Scham ist ein Machtinstrument. Beispielsweise nimmt die Schambehaftung des Nippels von weiblich-gelesenen Personen eben diesen nicht nur die Möglichkeit, sich so frei in ihrem Körper zu fühlen wie nicht-weiblich gelesene Menschen, sondern hält sie auch davon ab, sich ohne eine Nippelbedeckung, wie etwa einem BH, wohl und mächtig zu fühlen. Des Weiteren suggerieren zum Beispiel die Bezeichnungen Schamhaar oder Schamlippen, dass alleine der Besitz dieser Behaarung und Körperteile bereits schambehaftet ist. Auch wenn diese Diskussionen kleinlich wirken können, so spielen alle diese Aspekte in den Strukturen zur Erhaltung des Patriarchats, und damit zur Erhaltung eines Machtungleichverhältnisses, eine Rolle. Nur durch eine gesamtgesellschaftliche Änderung des Systems und unseres Denkens können wir sexualisierte Gewalt und sich daran bedienende Machtausübung verhindern. ●

„Bei einer großen Veranstaltung der Uni, auf der ich mit mehreren Freund*innen und auch meinem Freund war, traf ich einen der Tutoren meiner Erstgruppe vom Beginn meines Masterstudiums. Er konnte kaum glauben, dass ich die Selbe bin wie 2 Jahre zuvor. Mittlerweile ist er nicht mehr selbst Student, sondern arbeitet an einem Lehrstuhl der Fakultät. Offenbar war er an diesem Abend schon sehr angetrunken und wiederholte wieder und wieder, wie anders ich aussähe und dass ich ja niemals die selbe sein könne. Irgendwann begann er, mich nicht nur stetig in dieses Gespräch zu verwickeln, sondern mich auch physisch von meiner Freund*innengruppe abzusondern. Er stand also irgendwann mit dem Rücken zu den anderen und hielt mich vor sich, sodass ich die anderen nicht mehr sah. Er hielt mich an der Schulter fest, sodass ich nicht wegkonnte, auch wenn ich es mehrfach versuchte. Um mit mir zu reden, beugte er sich immer wieder tief zu mir herunter. Er sagte mir unter anderem: 'Ich liebe dich'. Selbst auch ein bisschen angetrunken, schob ich all sein Gesagtes auf seinen Alkoholpegel. Doch irgendwann hatte ich das Gefühl, dass seine Bewegungen mit seinem Gesicht immer mehr nicht nur auf mein Ohr (um mir etwas zu sagen) abzielten, sondern auf meinen Mund. Ich konnte mich zum Glück immer wegrehen, aber weggehen konnte ich nicht, da er mich fest im Griff hatte. Auch, wenn die Situationsbeschreibung hier

vielleicht etwas langatmig klingt, dauerte es in der Situation nur kurze Zeit, bis ich realisierte, dass ich nicht alleine wegkomme. Etwas sagen konnte ich nicht, weil ich innerlich wie erstarrt war und gleichzeitig das Gefühl hatte, ihm ja auch nichts einbrocken zu wollen. Denn: Er als Lehrkraft würde ja enormen Ärger bekommen, weil er sich mir als Studentin unsittlich näherte – auch im alkoholisierten Zustand. Ich wollte einfach keinen Ärger machen. Direkt nach dem 'Kussversuch' kamen glücklicherweise gleichzeitig mein Freund, ein Kumpel und ein weiterer wissenschaftlicher Mitarbeiter eines anderen Lehrstuhls und holten mich aus der Situation. Alleine hätte ich es – trotz allem theoretischen Training nach Vorerfahrungen in die Richtung – nicht geschafft, mich aus der Situation zu befreien. Innerhalb der nächsten Viertelstunde kam er wieder und wieder in meine Nähe und suchte Kontakt. Das ging so weit, bis ich die Party seinetwegen verließ. Auch im Nachhinein weiß ich nicht richtig mit der Situation umzugehen. Weil ich Angst vor einer nachträglichen Konfrontation habe, möchte ich die Uni nicht in Kenntnis setzen. Gleichzeitig hat mich die Situation so sehr geängstigt, dass ich nicht weiß, wie ich ihm bei einer erneuten Begegnung gegenüber treten soll. Dadurch, dass wir an der gleichen Fakultät sind, wird diese erneute Begegnung aber früher oder später zwangsläufig kommen.“

Wir sehen hin e.V.

Der Verein Wir sehen hin e.V. setzt sich mit der Thematik der sexualisierten Gewalt auseinander. Die lokale Initiative aus Magdeburg hat sich zum Ziel gesetzt, zu zeigen, dass sexualisierte Gewalt nicht nur ein Problem in anderen Städten oder Ländern ist, sondern, dass sie auch hier in Magdeburg zum Alltagsleben dazu gehört. Damit sich mehr Menschen mit dem Thema auseinandersetzen, werden reale Erfahrungsberichte aus dem Leben von Menschen allen Alters anonym auf der Instagram-Seite @wirsehenhin_md geteilt. Sexualisierte Gewalt ist ein gesellschaftlich tief verankertes Problem, welchem wir nur kollektiv entgegentreten können. Daher freuen wir uns über jede Unterstützung und ganz besonders über das Einreichen eurer eigenen Erfahrungen! Die Schilderungen können uns anonym übermittelt werden. Dazu könnt ihr einfach eine kurze Umfrage ausfüllen. Den Button dazu findet ihr oben rechts auf der Website: www.wirsehenhin.de.

Instagram: @wirsehenhin_md
Website: www.wirsehenhin.de



Angst, Drill und

– Machtmissbrauch im Sport

Kommentar von Francis Göbecke

Menschen, die Macht haben, scheinen sie oft zu missbrauchen. So sieht wohl die traurige Realität aus.

Seien es Lehrer*innen gegenüber ihren Schüler*innen, der*die Chef*in gegenüber seinen*ihren Angestellten oder eben auch der*die Trainer*in im Umgang mit seinen*ihren Athlet*innen.

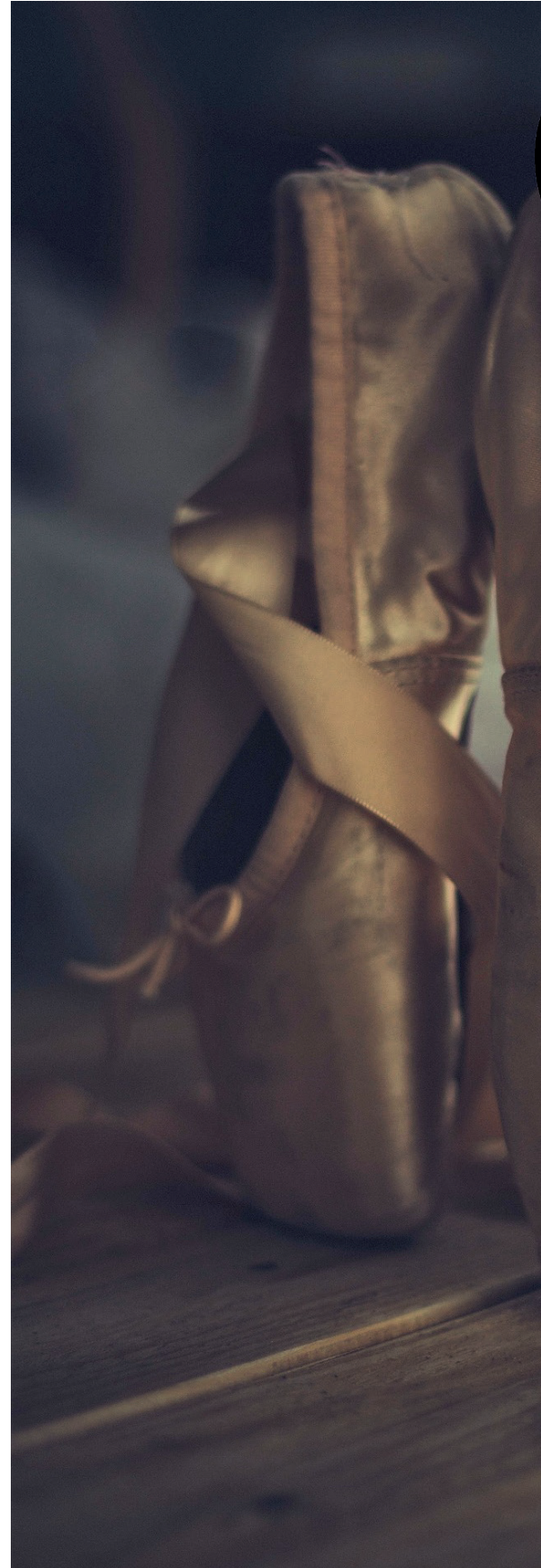
Hierbei scheint es sogar egal in welcher Leistungsklasse wir uns befinden. Es beginnt schon im kleinen Rahmen beim Schulsport oder der Arbeitsgemeinschaft am Nachmittag und zieht sich weit bis in den Profisport hinein. Egal ob Kind oder Erwachsene*r, unabhängig von Geschlecht und Herkunft, fast jede Person, die einen Sport in einem Verein ausübt, hat schon Machtmissbrauch von einem*r Trainer*in erfahren oder kennt zumindest jemanden, dem dies widerfahren ist. Hierbei kann man verschiedene Arten von Machtmissbrauch unterscheiden: körperlicher und seelischer, Drill und sexualisierte Gewalt.

Ein*e Trainer*in sollte niemals mit dem Karriereende drohen dürfen, Methoden im Training dürfen niemals erniedrigend oder gesundheitsgefährdend sein. Persönliche Grenzen dürfen hierbei ebenfalls niemals überschritten werden, egal welche Gründe eventuell präsentiert werden.

Und doch haben, laut einer aktuellen Studie, 29% der im Leistungssport tätigen Athlet*innen körperliche Gewalt erlebt. Im Breitensport sieht es nicht anders aus.

Doch die harte Wahrheit hierbei ist, dass der Anteil von seelischer und sexualisierter Gewalt nicht nur geringfügig die Überhand hat. Dieselbe Studie aus dem Jahr 2016 zeigt auf, dass 89% der Athlet*innen psychische Gewalt und 33% sexualisierte Gewalt erlebt haben. Hierbei kann man davon ausgehen, dass die Dunkelziffer noch höher ist, denn den Opfern wird oft nicht geglaubt, die Täterperson beschützt, um den Schein zu wahren und die Maschine Sport am Leben zu halten.

Besonders ästhetische Sportarten wie Ballett, Eiskunstlaufen oder Turnen sind hierbei betroffen. So wurde in jüngster Vergangenheit der deutschen Turntrainerin Gabriele Frehse Missbrauch vorgeworfen, sie soll ihre Position genutzt haben, um Turnerinnen zu schikanieren.



Tränen

"Ich wusste nicht, dass ich hätte 'Nein' sagen können"

- Nora (ehemalige Biathletin)

Außerdem hat sie wohl ihren Athletinnen Medikamente zur Leistungssteigerung verabreicht, ohne den zuständigen Arzt zu informieren. Sie bestreitet die Vorwürfe vehement. Renommierte Tanzakademien kämpfen gegen das gebrochene Schweigen ehemaliger Schüler*innen, welche von den Schikanen und Demütigungen berichten. Sie haben schwere Depressionen und Essstörungen entwickelt -psychische Erkrankungen, die sie auch Jahre später noch einschränken. Ebenfalls sind Fälle aus dem Judo oder Rugby bekannt.

Doch auch im Wintersport sind Stimmen laut geworden. Gerade nachdem die ehemalige österreichische Skirennfahrerin Nicola Werdenigg ihr Schweigen über den selbst erlebten Missbrauch brach und die Organisation #WeTogether gründete, um auch anderen eine helfende Hand zu reichen. Von Stalking, unberechtigten Wettkampfsperren und Nötigung bis zu schwerem sexuellem Missbrauch Minderjähriger durch ihre Trainer*innen, all das kam durch Betroffene ans Tageslicht und hat den Dialog geöffnet, welcher dazu aufruft, etwas zu ändern.

Nicht weiter wegsehen.

Auf der Fachtagung gegen Machtmissbrauch im Sport aus dem Jahr 2021 wurde der Grundstein dafür gelegt eine allgemeine Anlaufstelle für Betroffene zu errichten. Hierbei ist der aktuelle Stand (Ende 2022), dass eine aufwendige Studie viele aufsehenerregende Fälle ans Tageslicht gebracht hat und die nun vorliegenden Daten ausgewertet werden, um im nächsten Jahr aktiv werden zu können. Bereits in kleineren Rahmen hat, das ans Licht treten mehrerer Athlet*innen zu einem Umdenken innerhalb der bestehenden Strukturen geführt. So richtet die Deutsche Reiterliche Vereinigung einen Betroffenenbeirat ein und auch der Landessportbund plant eine ähnliche Maßnahme. Außerdem wurden Videos zur Aufklärung und Prävention gedreht die vor allem versuchen Kindern das Verständnis dafür zu geben wann eine Situation nicht mehr okay ist und wann sie sich jemandem anvertrauen sollten. Solches Videomaterial kann kostenfrei online heruntergeladen werden.

Es ist keine Schande sich Hilfe zu suchen, wenn das eigene Bauchgefühl sich meldet und man mit einem unwohligen Gefühl zum Training geht oder Angst vor seinem Coach entwickelt. Hierfür muss man auch kein*e Leistungssportler*in sein, es kann schließlich jede Person treffen. ●

AUFSTREBEN

DAS




Wenn der längere Hebel aus Willkür bedient wird,



erdrückt er die Schreie der Masse im Zement der Tradition.




Doch ihr forderndes Echo hallt in dem Raum der Möglichkeit,




dass der Wille gepaart mit Schmerz die Kraft besitzt



die alte Ordnung mit einem Gedanken auszuhebeln.



Der Anblick der Zerstörung schmerzt nicht,



wenn der Aufbau auf den richtigen Werten beruht.

INTERNATIONAL



CHAR

Das Erbe der Macht

von Daniel Felipe Borda López



Alejandro Char (56)
Kolumbianischer Politiker und Unternehmer

Die politische und wirtschaftliche Macht in Kolumbien ist seit vielen Jahren ungleich verteilt, vor allem in regionalen und abgelegenen Gebieten. Dies hat zu einem Phänomen der "Clans" geführt, d.h. mächtige Gruppen und Familien, die sich über mehrere Generationen an der Macht halten und Nepotismus, Korruption und andere Skandale an den Tag legen. In diesem Artikel sollen diese Gruppen und ihre Auswirkungen auf die nationale Politik am Beispiel der Familie Char, einem der bekanntesten politischen Clans, analysiert werden, um die regionale Machtdynamik in Kolumbien zu untersuchen.

Als Álex Char vor einigen Monaten im Rahmen seiner Präsidentschaftskampagne durch die wichtigsten Städte seiner Heimat Caribe zog, war dies keine Überraschung, denn es ist seine eigene politische und mediale Maschinerie, die diese Region seit über einem halben Jahrhundert kontrolliert. Der "Barranquillero" mit Wurzeln im Mittleren Osten ist der älteste Sohn von Fuad Char, der die letzten Jahrzehnte dem Aufbau des Familienimperiums in dieser Region des Landes gewidmet hat. Die Chars kamen 1924 mit Nicolás Char Zaslawy nach Kolumbien und ließen sich in Lorica nieder, einer kleinen Stadt, die für ihren hohen Anteil an Einwanderern bekannt ist. Nicolás, der vor den Folgen des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches geflohen war, beschloss, sein Glück als Kaufmann zu versuchen, und beteiligte sich zusammen mit seinem Bruder an einigen erfolglosen Geschäften, bevor er einen kleinen Lebensmittelladen eröffnete.

Jahre später, inzwischen verheiratet und Vater von sieben Kindern, zog er nach Barranquilla, da die Gewinne aus seinem Geschäft nicht mehr ausreichten, um seine Familie zu ernähren. Dort kauft er von einem seiner Freunde den Lebensmittelladen "La Olímpica". Von diesem Moment an lebten die Chars ein komfortables Leben. Nicolás gab keine Anzeichen dafür, dass er sein Geschäft ausbauen oder vergrößern wollte. Erst 1955, als er in einen Verkehrsunfall verwickelt war und seine Beine nicht mehr gebrauchen konnte, änderte sich die Ausrichtung der Familie.

Sein ältester Sohn Fuad war damals 17 Jahre alt und freute sich darauf, in die Vereinigten Staaten zu gehen, um dort Medizin zu studieren und eine militärische Ausbildung zu erhalten. Als er sich jedoch um die Gesundheit seines Vaters kümmerte, gab er seinen Plan auf und beschloss, zusammen mit seinen Brüdern das Familienunternehmen zu übernehmen. Sie beschließen, ihre Verkaufsstrategien anzupassen, um der Konkurrenz einen Schritt voraus zu sein: Sie ändern ihre Preise je nach Tageszeit und Wochentag und nutzen Marketingstrategien, um aktiv nach neuen Kunden zu suchen. Dieses neue System erweist sich als äußerst erfolgreich, und es dauert nicht lange, bis "Almacenes Olímpica" zu einer der wichtigsten Ladenketten in Barranquilla wird.

Dies war der Ursprung der wirtschaftlichen Macht der Chars, die heute landesweit mehr als 300 Geschäfte besitzen. Unter dem Namen Char Hermanos Ltda haben sie sich in verschiedene Wirtschaftszweige eingemischt: Bankwesen, Immobilien, Kommunikation, Werbung und, besonders berüchtigt, den Kauf von Junior, der Profifußballmannschaft von Barranquilla. Bei all dem Reichtum und den guten Zukunftsaussichten war es nur eine Frage der Zeit, bis sie sich in der Politik engagieren würden.

Heute verfügt der Char-Clan über zahlreiche Verbindungen zu verschiedenen politischen Kreisen in der Region Caribe und im Land. Sie sind dafür bekannt, dass sie viele rechtsgerichtete Politiker*innen unterstützen, darunter den Ex-Präsidenten und heutigen Senator Álvaro Uribe während seines ersten Wahlkampfes im Jahr 2002 und in jüngster Zeit den Kandidaten der Partei "Centro Democrático", Fico Gutiérrez, nachdem die Kandidatur von Alex Char wegen mangelnder Unterstützung aufgelöst wurde. Wenn man versucht, das Netz von Regierungspositionen, sowie von Geschäftsführer*innen und Direktor*innen multimillionenschwerer Unternehmen, die von Mitgliedern dieses Clans handverlesen wurden, zu durchschauen, stößt man auf ein Muster der Vetternwirtschaft, das die demokratische und wirtschaftliche Integrität der Region gefährdet.

Ein Vergleich zwischen regionalen Machtclans in Kolumbien und Monarchien, die durch Verhandlungen und politische Allianzen große Teile des Landes kontrollieren, kann hier gezogen werden. Dieser Artikel zielt darauf ab, die regionale Machtdynamik zu analysieren, die in Kolumbien durch systematische Nachlässigkeit und Vernachlässigung des Staates gekennzeichnet ist, was die erbliche Kontrolle verschiedener Clans im ganzen Land ermöglicht.

Regionalismus: Krankheit oder Strategie?

Professor Fabio Velásquez beschreibt in seiner Studie über den Zentralismus als Form der Staatsorganisation in Kolumbien, dass Kolumbien 1986 eines der ersten Länder Lateinamerikas war, das seine Verfassung reformierte, um regionale und kommunale Institutionen zu stärken. Dies sei als Maßnahme gegen die empfundene Illegitimität des Staates postuliert worden, die sich vor allem in einer geringen Wahlbeteiligung und sozialen Protesten für eine bessere Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen manifestiert habe. Mit diesen Reformen wurden neue Mittel für kleinere Städte außerhalb der Hauptstädte bereitgestellt, um die wirtschaftliche Autonomie und die politische und demokratische Beteiligung in den entlegensten Regionen des Landes zu fördern.

Doch selbst nachdem diese Reformen 1991 in der neuen Verfassung bekräftigt worden waren, wurden diese Maßnahmen im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wieder rückgängig gemacht, da mehr Mittel zur Deckung des Finanzbedarfs des Landes benötigt wurden. So hieß es im 10. Punkt des Regierungsplans des damaligen rechtsgerichteten Präsidenten Alvaro Uribe im Jahr 2002: "Eine Gemeinde ist die erste Begegnung der Bürger*innen mit dem Staat. Wir werden die Gemeinden verteidigen, aber sie müssen sich mit Haushaltsdisziplin und einer ordentlichen Verwaltung selbst

helfen." Mit diesem Änderungsantrag rechtfertigte die Regierung die Kürzung der Mittel für die Regionen, was endlich eine besser organisierte interne Kontrolle und eine Verringerung des Wettbewerbs um öffentliche Mittel ermöglichen würde.

Bei den Gemeinden und Departements war diese Sanktion natürlich verpönt, da sie ihre Autonomie einschränkte und die Verteilung der Mittel destabilisierte. Darüber hinaus erforderte sie eine Anpassung des Staatshaushalts, von der besonders die Regionen betroffen waren, in denen der Missbrauch öffentlicher Mittel (durch Korruption, Klientelismus oder Druck von gewalttätigen Gruppen) vorherrschte.

Diese drei Phänomene folgen der Dynamik der regionalen Machtverteilung, die die kolumbianische Politik und Wirtschaft bis zum heutigen Tag prägt.

Laut Velásquez besetzten oder beeinflussten 1991 die Guerillas (bewaffnete zivile Gruppen, die gegen die Regierung für politische und soziale Veränderungen kämpften) 43 % der Gemeinden des Landes. Darüber hinaus bestritten die paramilitärischen Gruppen, die als ihr Gegenstück auftraten, die Kontrolle über diese Regionen mit immer größerer Stärke. Der beschleunigte Vormarsch der letztgenannten Gruppe gehorchte den politischen Ansichten dieser Zeit, aber auch dem Bündnis zwischen ihnen und verschiedenen mächtigen politischen Gruppen des Landes. Ihre Auseinandersetzungen verwandelten die entlegensten Regionen Kolumbiens in Kriegsgebiete, die sich gegen das Leben Unschuldiger und damit auch gegen die demokratische und administrative Unabhängigkeit richteten.

Da der Staat nicht in der Lage (oder nicht willens) war, in den Konfliktgebieten Unterstützung und Hilfe zu leisten, ging die Kontrolle über viele Regionen in die Hände dieser bewaffneten Gruppen über, die sich durch kriminelle Aktivitäten finanzieren. Viele der Führer*innen und Behörden in diesen Regionen wurden von diesen Gruppen bedroht, schikaniert, entführt oder sogar ermordet, um die Macht zu übernehmen. Wie Prof. Velásquez in seiner Untersuchung feststellt, hatte dieser Staatsstreich (hauptsächlich) drei Folgen, die mit der regionalen Machtdynamik zusammenhängen, die in Kolumbien immer noch besteht, und anhand dieser Folgen lässt sich die Struktur dieser Art von Macht besser verstehen.

- Zwangsmigration und Enteignung des Eigentums von Tausenden von Bürger*innenn, die in die Städte flohen.
- Illegale Anpflanzungen auf Hunderten von Hektar fruchtbaren Bodens.
- Entstehung der Narko- und Parapolitik, d.h. der Allianz zwischen Politiker*innenn, Drogenhandel und paramilitärischen Gruppen in bestimmten Teilen des Landes.

Identität und Populismus

Nach den Wellen der erzwungenen Migration, die das Land während des mehr als 50 Jahre währenden bewaffneten Bürgerkriegs erlebte, ließen sich viele dieser Personengruppen in städtischen Gebieten nieder, die als sicherer empfunden wurden. Dies war kein einfacher Prozess und führte zu einer demografischen Umverteilung, wie sie noch niemand erlebt hatte. Die Migrant*innen siedelten sich vor allem in den Außen- und Mittelbereichen der städtischen Zentren an und ließen sich dort mit dem wenigen Besitz nieder, den sie noch hatten. Dies führte zu Problemen mit der öffentlichen Abwasserentsorgung, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Hunger in verschiedenen Städten. Laut Studien (Ruiz, 2011) wurden im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts mehr als 8,4 % der kolumbianischen Gesamtbevölkerung Opfer von Zwangsmigration: Das sind fast 5 Millionen Menschen.

Auf der anderen Seite war auch der ländliche Raum stark betroffen. Es fand eine Agrarreform statt, durch die Tausende von Hektar Land unbewirtschaftet blieben. Die Bevölkerung, die in den von bewaffneten Gruppen kontrollierten Regionen verblieb, war in den meisten Fällen gezwungen, "vacunas" (Erpressungsgelder) an diese Gruppen zu zahlen und auch Arbeitsplätze und Berufe aufzugeben, die sie seit vielen Jahren ausgeübt hatten. Viele Familien waren gezwungen, sich dem Kokainanbau zuzuwenden, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Viele dieser Familien hatten Frauen als Haushaltsvorstände und auch sehr junge Familienmitglieder.

Dies führte zu zwei Mechanismen, die zur Charakterisierung der regionalen Machtstrukturen beitragen:

Der erste Mechanismus ist die systematische Unterdrückung jeglicher sozialer Führungspersönlichkeiten in diesen Regionen. Diese Personen (oder Gruppen) wollten die Rechte des Volkes einfordern, indem sie sich in vielen Fällen gegen die jeweilige Autorität in ihrer Zone (Staat, Guerilla, Paramilitär) stellten. Seit 2016 und bis 2021 wurden in Kolumbien laut Berichten von Human Rights Watch mehr als 400 soziale Führer ermordet. Velásquez führt dies als autoritären Ausdruck von Macht an, unabhängig von der Herkunft, argumentiert aber auch, dass dies eine tiefere Verbindung zwischen diesen Anführer*innen und ihren Gemeinden schafft.

Dies deutet darauf hin, dass es in vielen Gemeinden zwar Bestrebungen gibt, oppositionellen Ideologien eine Stimme zu geben, es aber keine wirksamen Mittel gibt, um sie zu schützen. Regionale Machtstrukturen, wie sie sich in Kolumbien entwickelt haben, basieren auf Gewalt und Straflosigkeit. Politische Clans und ihr Machterhalt beruhen in hohem Maße auf der Unterdrückung der Opposition, wodurch die Demokratie zu einem Monopol geworden ist.

Das zweite Phänomen betrifft vor allem die städtischen Zentren des Landes, wo die allgemeine Unterdrückung der gesamten Bevölkerung keine wirksame Strategie zur Machterhaltung mehr darstellt. In den letzten Jahren hat sich eine Welle des Populismus ausgebreitet, die auf den neuen demografischen Gegebenheiten infolge der erzwungenen Migration und den damit verbundenen neuen sozialen Tendenzen beruht.

Auf regionaler Ebene ist Kolumbien ein Labyrinth. Auch wenn Kolumbien kein großes Territorium hat, lassen sich in den verschiedenen Zonen bestimmte soziale und politische Tendenzen erkennen, die mit dem jeweiligen historischen Kontext in Zusammenhang stehen. Als Vergleich könnte man etwas Ähnliches in den unterschiedlichen soziopolitischen Tendenzen zwischen Ost- und Westdeutschland in der Anfangsphase der Wiedervereinigung erkennen. Die Familie Char, die die Region Caribe regiert, ist vor allem für ihre rechtsgerichtete Identität bekannt: Katholizismus, Familienwerte, Patriotismus, usw. Dies ist auch in der Bevölkerung dieser Region weit verbreitet und wird von den konservativen Parteien seit vielen Jahren ausgenutzt, noch bevor sie den Status erreicht haben, den sie heute haben.

Ähnlich wie die Bindungen zwischen Gemeinschaften und ihren gesellschaftlichen Führer*innen müssen sich die politischen Clans auf regionaler Ebene an die lokalen Normen anpassen, um eine Bindung zu den potenziellen Wählern aufzubauen und - was noch wichtiger ist - ihre Macht durch diese Nachahmung zu legitimieren. Dieses Streben nach Unterstützung kann jedoch in Populismus umschlagen. Diese Praxis zielt darauf ab, die Anerkennung einer Gruppe von Menschen mit der Behauptung zu gewinnen, die Interessen des Volkes zu verteidigen, selbst wenn dies die Ausgrenzung und Ausrichtung auf andere Sektoren impliziert. Diese Art von Praxis ist in regionalen und nationalen politischen Kampagnen üblich geworden, wobei sogar tatsächliche Regierungseinrichtungen in den Hintergrund der Reden von Politikern gerückt werden und die Kritik als Hauptargument für ihre Überlegenheit dient.

Viele der Clans in marginalisierten Gemeinden in Kolumbien haben auf diese Weise gearbeitet. Sie geben vor, sich um Migrant*innen, pensionierte Armeeinghörige und Angehörige bewaffneter Gruppen, Arme und Arbeitslose zu kümmern. Im ländlichen Kolumbien verweist diese Politik auf bewaffnete Konflikte als Ursache für alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme und bietet einen gemeinsamen Feind, aber keine wirklich umsetzbaren Lösungen. In den Städten ist die Art und Weise, wie der Populismus zum Ausdruck kommt, unterschiedlich, aber in vielen Großstädten wie Bogotá, Medellín und Barranquilla haben viele rechtsgerichtete Kampagnen die Schuld auf die unteren Schichten und Migrant*innen abgewälzt.

Álex Char bezeichnete sich in seiner Präsidentschaftskampagne als "Kandidat des Volkes" und versprach, keinen Kolumbianer*in zu enttäuschen, unabhängig davon, ob sie für ihn gestimmt hätten. Wie die meisten politischen Bewegungen, die seine Ideologie teilten, konzentrierte sich sein Diskurs auf Reformen, die an die Arbeit des letzten (ebenfalls rechtsgerichteten) Präsidenten Iván Duque anknüpften. Steuerreformen, Infrastruktur in abgelegenen Gebieten und die Ablehnung des Vormarschs des Sozialismus in Lateinamerika waren seine wichtigsten Vorschläge. Obwohl er nicht gewann und frühzeitig aus dem Rennen ausschied, unterstützten er und seine Familie weiterhin Kandidaten mit ähnlichem Hintergrund, insbesondere Fico Gutiérrez: ein professioneller Verwalter aus einer mächtigen Familie, der einer starken Mitte-Rechts-Partei angehörte.

Die Wirkung regionaler Machtstrukturen

Die großen Clans wie die Familie Char haben sich in der nationalen Politik etabliert, indem sie strategische Regionen als Druckmittel kontrollieren. Der politische Wert dieser Regionen liegt in der Anzahl der Wähler und ihrer Ausbeutbarkeit.

Rodríguez (2021) weist darauf hin, dass viele politisch vernachlässigte Menschen in den nördlichen Departements des Landes leben, wo der Mangel an grundlegender Infrastruktur besonders berüchtigt ist. Viele von ihnen haben keinen Zugang zu Trinkwasser, Telekommunikationsdiensten und geeigneten Straßensystemen, die sie mit den nahe gelegenen städtischen Zentren verbinden. In diesen Orten ist die Präsenz bewaffneter Gruppen nach wie vor stark, und die Politik wird durch Drogenhandel, Korruption und gewaltsame Unterdrückung ausgeübt; all dies wird durch die Straflosigkeit der Justiz unterstützt.

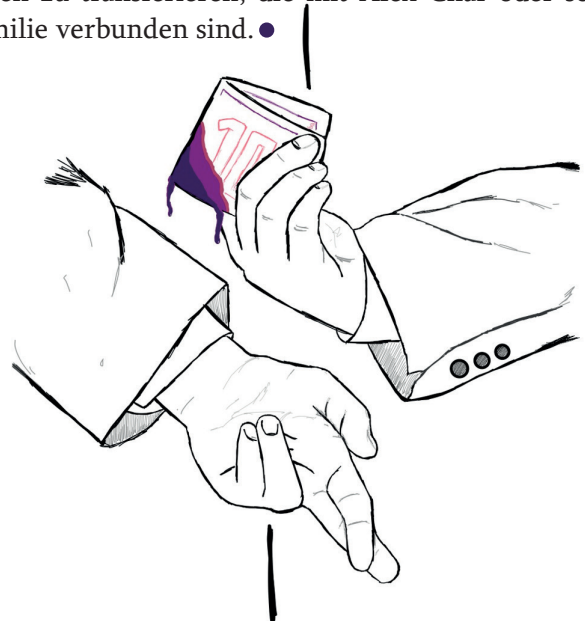
Für die Chars, die bereits Eigentümer der größten Unternehmen in der Karibik sind, besteht die Attraktivität der Kontrolle darin, dass sie ihre Macht aufrechterhalten und ihre Präsenz in der Politik ausbauen können. In dieser Region gibt es mehr als 8 Millionen Wähler, das sind etwa 20 % der gesamten kolumbianischen Wählerschaft. Dies kommt ihnen zugute, wie ihr langes Bestehen gezeigt hat, denn sie genießen die Loyalität vieler Menschen in dieser Region, insbesondere im Departement Atlántico, aus dem sie stammen. Mehr noch, ihr Status macht sie zu strategischen Verbündeten für andere politisch aufstrebende Kräfte, die gerne bereit sind, im Gegenzug für ihre Unterstützung Gefälligkeiten, Positionen in der Regierung oder Geld anzubieten. Dieses Phänomen macht sie zu einer politischen Hochburg und schafft zudem eine symbiotische Beziehung

zwischen ihnen und verschiedenen politischen Kreisen des Landes.

Wofür nutzen sie ihre Macht?

Die Chars, wie auch viele andere politische Clans, sind ein Symptom der Regionalisierung Kolumbiens. Diese regionalen Machtstrukturen, die sich im Land entfalten, nutzen die Nachlässigkeit der Regierung, den Populismus und die Ungleichheit, um lokale Machtstrukturen zu schaffen, die ihre eigenen Regeln befolgen. Dies ermöglicht es vielen dieser Gruppen, ihren Machterhalt zu sichern und gleichzeitig alle wertvollen Ressourcen für ihren persönlichen Vorteil auszubeuten. Man könnte sich jedoch die Frage stellen: Wie ist es möglich, dass diese Personen, die so hohe Positionen innehaben, dort sind, wo sie sind, obwohl sie nichts zu Kolumbien beitragen? Hier könnte man eine knifflige Antwort finden.

Álex Char, der zweimalige Bürgermeister von Barranquilla, rühmt sich, ein guter Verwalter von Geldern gewesen zu sein, da er in der Lage war, zahlreiche Infrastrukturprojekte für die Stadt zu verwirklichen. Er baute Parks, Krankenhäuser, Schulen und Sportstätten und war dabei transparent, wie seine Wähler sagen. Dennoch kamen vor zwei Jahren Korruptionsfälle ans Licht, in die nicht nur er, sondern auch andere Mitglieder seiner Familie verwickelt waren: Aida Merlano, Ex-Senatorin und jetzt politische Flüchtling in Venezuela, gestand, dass es während Chars Amtszeit Fälle von betrügerischer Verwendung von Geldern gab. Sei es Geldwäsche oder Zahlungen an andere Politik*inner, bestimmte Verträge über "technische Hilfe" wurden genutzt, um große Mengen öffentlicher Gelder an Personen zu transferieren, die mit Álex Char oder seiner Familie verbunden sind. ●



Schlussfolgerung

Macht ist, wie zu erwarten, ein schwer zu definierender Begriff. Er hat unendlich viele Ausprägungen, Folgen und Dynamiken. Der Zweck dieses Überblicks über den historischen, politischen und sozialen Kontext in Kolumbien bestand darin, die Verzerrung der Regierungsmacht in diesem Land zu veranschaulichen.

Der Missbrauch regionaler Macht ist kein einzigartiges Phänomen in Kolumbien, aber in diesem Land hat er bemerkenswerte Merkmale entwickelt, die erwähnt werden sollten. Heute wird das Land von mehreren mächtigen Familien regiert, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass ihr Vormarsch in den nächsten Jahren gestoppt wird. So entsteht ein Kreislauf aus vererbter Macht und Vetternwirtschaft, der der Demokratie in Kolumbien schadet. Auch wenn sich die meisten Teile des Landes dessen bewusst sind, ist es noch ein weiter Weg, bis diese Strukturen aufgebrochen und eine Methode gefunden werden kann, um das alte Erbe der Macht in Kolumbien wirklich zu erneuern. ●

Literaturverzeichnis

Pappier, J. (2021, February 10). *Left Undefended*. Humans Rights Watch. Retrieved January 21, 2023, from <https://www.hrw.org/report/2021/02/10/left-undefended/killings-rights-defenders-colombias-remote-communities>

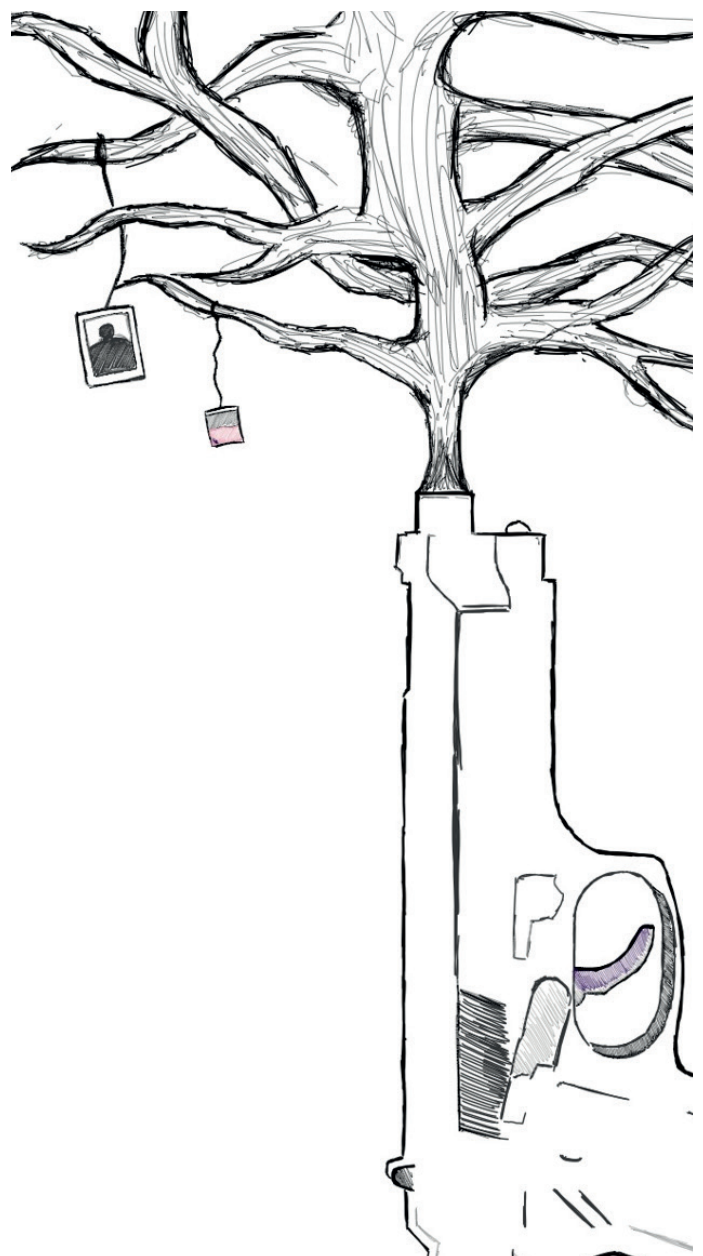
Ramírez, L. (2022, February 5). *¿Cuáles fueron las revelaciones de Aida Merlano que envuelven a Alex Char?* Diario As. Retrieved January 21, 2023, from https://colombia.as.com/colombia/2022/02/05/actualidad/1644078340_162370.html

Rodríguez, J. D. (2021, March 2). *Abandono estatal, la desgracia del pueblo*. Conexión Externado. Retrieved February 21, 2023, from <https://conexion.uexternado.edu.co/abandono-estatal-la-desgracia-del-pueblo/>

Ruiz, N. Y. (2011). *El desplazamiento forzado en Colombia: Una revisión histórica y demográfica*. Estudios Demográficos y Urbanos ColMex.

Semana. (2019, April 6). *¿Quiénes son los char?* Revista Semana. Retrieved January 21, 2023, from <https://www.semana.com/nacion/articulo/quienes-son-la-familia-char/608494/>

Velásquez, F. (2004). *Colombia: ¿De regreso a un esquema centralista?* Quórum: Revista De Pensamiento Latinoamericano, (8-9), 46–57.



Zan, Zendegi, Azadi

(Frau, Leben, Freiheit) (persisch)

von Rosa Wasiak

Diese drei Worte haben eine lange Geschichte und sind nicht erst seit den Protesten im September 2022 bekannt, sie haben ihren Ursprung in der kurdischen Freiheitsbewegung (Jin, Jiyan; Azadi). Die Freiheit der Frau steht im Zentrum des Kampfes für ein freies Leben ohne Unterdrückung in der kurdischen Freiheitsbewegung. Dort wird davon ausgegangen, dass die Freiheit einer Gesellschaft anhand der Freiheit der Frauen gemessen wird.

Vor 44 Jahren (1997), nach der Islamischen Revolution, wurde im Iran die Regierung der Islamischen Republik gebildet. Seitdem werden Frauen diskriminiert, insbesondere durch den obligatorischen Hidschab (1983) und Verbote wie Tanzen und Singen in der Öffentlichkeit. Grundlegende Menschenrechte der ganzen Bevölkerung werden laut Amnesty International systematisch verletzt. Die Sittenpolizei „Gasht-e-Ershad“ im Iran gibt es seit 2005, sie berufen sich auf das Strafgesetz der Islamischen Republik und gehen auf direkten Befehl der Regierung brutal vor.

Der Tod von Mahsa Jina Amini (22 Jahre) am 13. September 2022 durch die Sittenpolizei im Iran, weil sie ihr Kopftuch nicht „korrekt“ getragen hat, hat eine Welle an Protesten losgetreten und eine neue Revolution gestartet. Außerdem wurden seitdem 520 Demonstrant*innen getötet (Stand: 13.01.2023).

Interview mit zwei internationalen Studierenden aus dem Iran.

Seit dem Tod von Mahsa Jina Amini haben viele Frauen begonnen ihr Kopftuch nicht mehr zu tragen. Ist das ein Zeichen der Revolution?

B: Es wird immer normaler kein Kopftuch mehr zu tragen. Es ist aber immer noch gefährlich. Für die Frauen ist es ein großer Schritt, der ihnen Angst macht. Sie setzten sich der Gefahr aus auf der Straße angegriffen zu werden, nur weil sie es nicht tragen. Es ist aber ihre Art zu kämpfen, kostet jedoch Überwindung. Es ist nicht so einfach wie „Okay, trage es einfach nicht“.

Was jetzt geschieht, kann man absolut als Revolution bezeichnen.

D: Der Unterschied zwischen den vorherigen und den jetzigen Demonstrationen, sind definitiv die Sozialen Medien und das Bewusstsein, das geschaffen wird. Die Regierung kann nicht jede Lüge erzählen und damit durchkommen. Sie behaupten, sie würden keine Menschen töten, aber die Dokumente und Videos

zeigen etwas anderes. Es ist viel einfacher für Menschen, sich nicht von den Dingen überzeugen zu lassen, die die Regierung sagt.

B: Diese Revolution ist ein Resultat der vorherigen Demonstrationen. Bei den vergangenen Demonstrationen (vor 3, 5, 11, 21 Jahren) haben die Demonstrierenden alles versucht und sich dann auf die Versprechungen der Regierung eingelassen. Jetzt wissen die Leute aber, dass sie niemandem im System trauen können und dass sie jeden Vorschlag von ihnen ablehnen sollten. Diesmal gibt es kein Vertrauen. Es wird keine Reformation im System geben, das haben die letzten Protestbewegungen gezeigt.

Der Iran ist momentan teilweise durch das Internet von der Welt außerhalb des Landes abgeschieden, wie kommt das?

D: Die Abschaltung des Internets nach der Ermordung von Mahsa Jina Amini ging sehr schnell. In den letzten 10 Jahren wurde schon häufiger von der Regierung damit expe-

rimentiert.

Facebook und Youtube wurden zum ersten Mal vor 13 Jahren bei den ersten Demonstrationen gefiltert (mit der Behauptung, dass die Regierung die Wahlergebnisse gefälscht hat). Damals waren es auch sehr gewalttätige und brutale Demonstrationen. Die Videobeweise wurden von den Menschen auf YouTube hochgeladen, Instagram war noch nicht so populär wie heute. Kurz darauf wurde YouTube im Iran verboten. Die Regierung erkannte, dass sie einen fundamentalen Ansatz braucht und gab eine Menge Geld für ein nationales Internet aus, das bei Bedarf abgeschaltet und von der Außenwelt getrennt werden kann. Auch dieses Mal wurde, sobald die Demonstrationen ein wenig ernst wurden, das Internet sehr schnell abgeschaltet. So will die iranische Regierung ein gutes Gesicht wahren und in internationale Verhandlungen so tun, als würden sie ihre Bevölkerung gut behandeln. Videos, die das Gegenteil beweisen, sind natürlich kontraproduktiv.“

Wie haben sich die Proteste entwickelt?

D: Zunächst ging es bei den Demonstrationen um Frauenrechte, später aber auch um die allgemeine Unzufriedenheit mit der Lebensqualität im Land. Vor einigen Jahren (2019) beschloss die Regierung plötzlich die Benzinpreise um das Dreifache zu erhöhen und das hatte enorme Auswirkungen auf das Leben der Menschen, da auch Lebensmittelpreise und Mieten stiegen, während die Löhne gleich blieben. Zu der Zeit fanden auch Demonstrationen und Unruhen statt und die Regierung tötete in nur drei bis vier Tagen etwa 1500 Menschen. Wäh-

Eine Revolution ist keine Sache, die in einer Nacht passiert. Sie muss fortgesetzt werden. Sie braucht Kraft und emotionale Unterstützung.

renddessen wurde das Internet für zwei Wochen abgeschaltet.

Mahsas Tod war ein Auslöser. Es ging nicht nur um die Rechte der Frauen im Iran, sondern um die allgemeine Unterdrückung durch die Regierung. Frauenrechte standen aber stark im Vordergrund und deshalb bekamen die Demonstrationen dieses Mal vielleicht eine größere internationale Aufmerksamkeit.

B: Wir alle, egal ob wir Frauen oder Männer sind, ob wir in der Hauptstadt oder in einer weit entfernten Stadt leben, haben viele Grundrechte verloren. Die Proteste begannen als Kampf für Frauenrechte, weil sie definitiv mehr Grundrechte verloren haben. Es war schön, dass in den ersten Tagen neben den Frauen auch die Männer sagten, dass Frauen in Freiheit leben sollen. Die Menschen kämpfen aber wirklich für Zan, Zendegi, Azadî: für Frauen, ein normales Leben und für die Freiheit.

D: Die Revolution ist unaufhaltsam. Die Menschen sind frustriert und wütend, dass es schon so viele Jahre schlecht ist. Das Leben im Iran ist hart. Die Lebenserhaltungskosten sind viel teurer als in Deutschland und das iranische Durchschnittgehalt beträgt vielleicht 1/10 des Deutschen. Deswegen ist es auch nicht so einfach jeden Tag an Demonstrationen teilzunehmen.

B: Trotzdem ist die Situation unaufhaltsam und es gibt kein Zurück mehr zu dem Leben vor Mahsas Ermordung.

Es ist ein Feuer, das immer weiter brennt. Manchmal sieht man die Flammen sehr hochschlagen, manchmal sind sie kleiner, aber dieses Feuer brennt immer weiter. Eine Revolution ist keine Sache, die in einer Nacht passiert. Sie muss fortgesetzt werden. Sie braucht Kraft und emotionale Unterstützung. Es ist nicht so einfach. Es ist eine langfristige Bewegung. Ich glaube, dass die Regierung dieses Mal nicht einfach das Feuer mit Sand ersticken kann, sondern dass das Feuer immer weiter brennt und immer wieder neu entfacht.

D: Jetzt haben viele Menschen den Mut gefunden, sich zu äußern. So viele meiner Familienmitglieder sprechen darüber. Die Regierung verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung.

B: Die Menschen gehen Risiken ein, weil sie nichts mehr zu verlieren haben. Zum Beispiel hatte ein Student in einer Universität ein Gespräch, in dem es um Politik ging, mit seinem Professor. Der Professor rief die Sicherheitskräfte der Universität, um ihn zu verhaften. Dann schnitt der Student seine Venen auf und man konnte das Blut in der Universität sehen. Er rief: "Ihr wollt mein Blut, hier ist mein Blut. Das kommt zu dem Blut der anderen dazu. Nehmt es." Oder in einer anderen Situation in der ein Mädchen rief: "Ich will nicht mehr so leben, was soll ich tun, wollt ihr mich verhaften

oder töten?" Vor ein paar Jahren, 2017, gab es eine große Bewegung. In einer Straße in Teheran, die „enghelāb“ heißt, was Revolution bedeutet, gab es viele Mädchen, die in dieser Straße auf einer Erhöhung stiegen, ihren Hidschab abnahmen und ihn auf ein Stück Holz banden und hochhielten.

Eine von ihnen war Vida Movahed. Sie wurde verhaftet und sitzt seitdem im Gefängnis, sie war eine Pionierin der Revolution.

Welche Verbindung zu Macht seht ihr im Iran?

D: Die Regierung demonstriert regelmäßig ihre Macht, z.B. indem sie ihre Sicherheitskräfte und Soldaten tagelang auf den Straßen postiert. Sie will zeigen, dass sie mächtiger ist als das Volk, die Situation unter Kontrolle hat und weiterhin herrscht. Bei Unterdrückung von Menschen ist Macht unvermeidlich.

B: Ich denke, dass diese Ermordung der Leute auf der Straße und die Hinrichtungen nur leere Machtdemonstrationen sind. Tatsache ist, dass die Regierung keine Macht hat. Diese hängt, meiner Meinung nach, von den Menschen ab. Die Regierung erhält ihre Macht vom Volk, und wenn dieses sie nicht akzeptiert, ist die Macht zerbrechlich und kann ihnen in einer Sekunde entzogen werden. Deshalb geht die Regierung auch so brutal vor.

D: Das System und seine Struktur sind brüchig geworden. Selbst Menschen in der Regierung drehen ihr den Rücken zu. Viele Militäroffiziere wurden verhaftet, weil sie sich mit dem Volk solidarisiert haben. Sowas ist noch nie zuvor öffentlich passiert. ●

Informationsmöglichkeiten:

Instagram: @1500tasvir_en

Spotify: The Protest in Iran and What It Means (Masih Alinejad)

WISSENSCHAFT



Das Machtmotiv aus psychologischer Perspektive

Rosa Wasiak im Gespräch mit Dr.in Gudrun Reindl

Gudrun Reindl ist promovierte Psychologin. Sie hat in Gent, Belgien an der Schnittstelle zwischen Arbeits- und Organisationspsychologie und Persönlichkeitspsychologie promoviert und sich damit beschäftigt, ob die Persönlichkeit einen Einfluss darauf hat, wie Menschen Situationen im Arbeitskontext wahrnehmen. Jetzt arbeitet sie für ein organisationspsychologisches Beratungsunternehmen in Nürnberg namens Blackbox/Open. Sie helfen Unternehmen durch gezielte wissenschaftlich gestützte Methoden Motivation, Leistung und psychische Gesundheit ihre Mitarbeiter zu fördern. Sie entwickeln Führungskräfte, führen Coachings durch, betreiben Teamentwicklung auf Basis psychologischer Grundprinzipien und helfen Unternehmen durch ihren Kulturwandel.

Gibt es in der Psychologie einen Bereich, der sich mit Macht und Persönlichkeit auseinandersetzt?

Ja, natürlich! Der Bereich heißt dann wenig überraschend Persönlichkeitspsychologie. Im deutschen Sprachraum gibt es außerdem die Differentielle Psychologie. Während sich die Persönlichkeitspsychologie nur mit der Persönlichkeit von Menschen beschäftigt, kümmert sich die Differentielle Psychologie um die Unterschiede zwischen Personen. International wird diese Unterscheidung aber nicht gemacht, da Persönlichkeit auch nur im Vergleich zu anderen Menschen erforscht werden kann. Es gibt keine absolute Persönlichkeit. Die Unterscheidung ergibt also wenig Sinn.

Wie würden Sie das Machtmotiv definieren? Welche anderen Persönlichkeitseigenschaften hängen mit dem Machtmotiv zusammen?

Das Machtmotiv sagt aus, wie sehr eine

Person versucht, Einfluss auf andere Personen auszuüben. Das kann heißen, dass eine Person versucht das Verhalten anderer zu beeinflussen, oder deren Gedanken oder Gefühle zu verändern. Um dieses Machtmotiv zu befriedigen, suchen Personen mit höherem Machtmotiv häufiger Situationen auf, in denen sie Macht ausüben können.

Das Machtmotiv gehört zu den Big 3 in der Motivforschung. Motive können explizit oder implizit sein. Unsere expliziten Motive sind uns bewusst und wir können sie sprachlich gut ausdrücken. Unsere impliziten Motive sind unbewusst. Das heißt, wir können sie zwar sprachlich nicht ausdrücken, sie leiten aber dennoch unser Verhalten, indem wir uns gut fühlen, wenn wir die Bedürfnisse befriedigen. Menschen haben alle drei Motive. Sie sind aber bei jedem unterschiedlich stark ausgeprägt.

Was ist der Unterschied zwischen dem Machtmotiv und der Machtmotivation?

Um das zu erklären, sollten wir erst

den Unterschied zwischen Motiv und Motivation klarstellen. Ein Motiv ist eine Eigenschaft einer Person, die über die Zeit hinweg ziemlich stabil bleibt. Motivation ist ein Zustand einer Person, der kommt und geht. Motivation wird ausgelöst, wenn sich eine Person mit einem bestimmten Motiv in einer Situation wiederfindet, in der dieses Motiv aktiviert wird. Eine Person, die gerne Macht ausübt, hat also ein hohes Machtmotiv. Wenn diese Person jetzt zum Beispiel in eine Gruppe kommt, die Führung braucht, wird dieses Machtmotiv von der Situation aktiviert. Die machtmotivierte Person will also Macht ausüben und wird wahrscheinlich die Führung der Gruppe übernehmen. Das ist dann die Machtmotivation.

Das Machtmotiv spielt auch eine Rolle bei der Berufswahl. Gibt es Berufe, die Personen mit einem starken Machtmotiv eher ausüben und wenn ja, welche?

Natürlich denkt man bei hohem Machtmotiv erst einmal an hochrangige Führungskräfte und das stimmt durchaus. Auf höheren Leitungsebenen wird das Machtmotiv zum Vorteil, weil mehr Aufgaben delegiert werden müssen.

Eine Studie in Irland aus 2021 fand unlängst allerdings heraus, dass Frauen in CEO-Positionen im Schnitt ein weniger ausgeprägtes Machtmotiv zeigen als Männer.

Etwas überraschender ist im ersten Moment wohl, dass sich sehr viele Menschen mit hohem Machtmotiv

Die 3 Basismotive nach McClelland:

Machtmotiv: Diese Menschen wollen andere kontrollieren und beeinflussen. Sie genießen den Status und die Anerkennung.

Leistungsmotiv: Diese Menschen haben ein starkes Anliegen, anspruchsvolle Ziele festzulegen/zu erreichen. Sie sind gut darin, kalkulierte Risiken einzugehen, um ihre Vorstellungen umzusetzen.

Anschlussmotiv: Diese Menschen charakterisieren sich dadurch, dass sie einer Gruppe angehören und geliebt werden wollen. Die Zusammenarbeit ist wichtiger als der Wettbewerb. Sie geben sich mit dem zufrieden, was der Rest der Gruppe will.

in sozialen Berufen wiederfinden—Lehrer*innen oder Sozialarbeiter*innen. In solchen Berufen arbeitet man viel mit Menschen, die Anleitung brauchen. Dadurch kann eine machtmotivierte Person ihr Bedürfnis viel einfacher befriedigen. Machtmotivierte Menschen leben ihr Machtmotiv manchmal auch gerne durch Lehren aus. Wenn die Leh-

Idee getrieben, über allen Amerikanern stehen zu wollen. Mit seiner „America first“-Ideologie schien er auch über allen anderen Ländern stehen zu wollen. Kooperation, Innovation, Interessens-austausch? Fehlanzeige. Das war wirklich Machttreiben im klassischen Sinne. Und genau dieses Machtdenken schien bei vielen Amerikanern gut anzukom-

Macht?

Mir gefällt der Begriff Sättigungsgefühl an der Stelle sehr gut. In der Tat erkläre ich psychologische Bedürfnisse und Motive gerne mit Hunger oder Müdigkeit, die gestillt werden müssen. Sobald sie gestillt sind—wir also gegessen und geschlafen haben—müssen wir uns eine Weile nicht mit dem Bedürfnis beschäftigen. Im Gegenteil, dann fühlt sich mehr Essen oder Schlaf sogar unangenehm an. Mit psychologischen Bedürfnissen ist das genauso. Eine machtmotivierte Person entscheidet gerne über sich und sein Umfeld. Aber wenn sie dann zu viel entscheiden muss, fängt auch das an zu stören und die Person gibt die Entscheidungsgewalt wieder ab. Aber natürlich dauert es entsprechend länger dieses Sättigungsgefühl zu erreichen, wenn das Motiv ausgeprägter ist.

Personalisierte Machtmotivation

- manipulatives, unterdrückendes Motiv
- Streben nach Macht, um Stärke und Überlegenheit zu erleben, indem man andere dominiert und manipuliert.
- niedrige Selbstkontrolle

Sozialisierte Machtmotivation

- helfendes, unterstützendes Motiv
- Streben nach Macht, um Möglichkeiten zu nutzen, um Ziele zum Wohle einer Gruppe zu erreichen oder andere fördern zu können.

rer*in etwas weiß, was die Schüler*in jetzt eben lernen muss, kann die Lehrer*in dadurch sein Machtmotiv ausleben. Gleichzeitig brauchen zum Beispiel Kinder, Jugendliche oder auch psychisch instabile Menschen viel Anleitung, weil sie sich oft selbst (noch) nicht richtig strukturieren können. Wenn die machtmotivierte Person ihre Motivation gut regulieren kann, ist das sogar eine klassische Win-win-Situation.

Welche öffentlichen Persönlichkeiten haben ein stark ausgeprägtes Machtmotiv und könnten aufgrund dessen gerade in ihrer Position sein?

Hm, schwierige Frage. Natürlich gibt es Personen im öffentlichen Leben, aus deren Verhalten man ein eindeutiges Machtmotiv herauslesen kann. Ich finde es aber schwer zu sagen, ob das Motiv der Grund für deren Erfolg oder Aufstieg war. Nur ein ausgeprägtes Machtmotiv würde wahrscheinlich niemandem zum Erfolg verhelfen. Da sind schon verschiedene Faktoren nötig—Intelligenz, eine gute Idee, das richtige Netzwerk, manchmal auch einfach der richtige Zeitgeist.

Donald Trump war hier wohl ein interessanter Fall. Der schien damals von der

men.

Ich kann nur vermuten, dass der Zeitgeist einer immer komplexer werden, digitalisierten Welt die Bevölkerung überfordert hat und sie sich deshalb nach einfachen Lösungen sehnte. Deshalb wollte ein Teil der Bevölkerung einen Mann, der die Welt wieder einfach machte. Und Macht in einem machtorientierten Menschen zu zentralisieren, schien sehr einfach. So gesehen hat der Zeitgeist Trumps extremer Machtmotivation zum Erfolg verholfen.

Spannenderweise kamen zu seiner ersten Präsidentschaftskandidatur dann noch Vorwürfe sexueller Übergriffe auf junge Frauen auf. Sexuelle Gewalt ist auch ein Indikator für eine personalisierte Machtmotivation die genau einer Gruppe schadet. Obwohl ihm also die Selbstkontrolle fehlte, seine Machtmotivation zu kontrollieren, und er damit eigentlich ein Risiko für die ganze Nation war, wählte ihn die Hälfte der Amerikaner zum Präsidenten. Das lässt darauf schließen, wie groß das Bedürfnis nach simpler Machtzentralisierung war.

Würde jemand, der eine sehr hohe Machtposition ausübt, eher dazu kommen, diese zu missbrauchen, gibt es ein Sättigungsgefühl im Streben nach

Was könnte eine typische Aussage von einer Person mit starkem Machtmotiv sein?

Das kommt ein bisschen auf die Ausprägung des Motivs an. Bei personalisierter Machtmotivation könnten das aggressive Aussagen wie Beleidigungen oder Provokationen sein. Zum Beispiel könnte eine Führungskraft im Meeting sagen: „Meier, sie sind ein inkompetenter Idiot“. Macht kann aber auch demonstriert werden, indem man sich über andere lustig macht oder sie demütigt, zum Beispiel, indem eine Führungskraft ihren Mitarbeiter immerzu „Dickerchen“ nennt.

Bei personalisiertem Machtmotiv, das ja auch darauf ausgelegt ist, anderen zu helfen, wären das eher Sätze wie „Soll ich dir das erklären?“ oder vielleicht auch „Wie kann ich helfen?“. Denn auch ein starkes Machtmotiv ist nicht automatisch schlecht ;). ●

MACHT IN DER KLIMAKRISE

Wie verhält sich die Klimapolitik eigentlich unter dem Gesichtspunkt von Macht- und Herrschaftsverhältnissen? Genau dieser Frage ist Paula in einem Interview mit Professor Böcher vom Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung auf den Grund gegangen. Er forscht an der OVGU unter anderem zu Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Klimapolitik.

Paula Meißner im Gespräch mit Prof. Dr. Michael Böcher

Was ist für Sie die überzeugendste Definition von "Macht"? Was verstehen Sie unter "Ohnmacht" bzw. "Machtlosigkeit"?

Für mich ist die Definition von Max Weber nach wie vor die Überzeugendste. Laut ihm ist Macht „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“. Das ist eine ganz einflussreiche Machtdefinition, die auch heute noch verwendet wird, obwohl sie aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts stammt. Max Weber deckt mit seiner Definition viele Phänomene der Macht ab; so beruhe Macht u.a. auf Überzeugung, besseren Argumenten, Gewalt oder Zwang. „Ohnmacht“ ist ein Begriff, bei dem ich vor allem an Hannah Arendt denke, für die, im Gegensatz zu Max Weber, Gewalt kein Bestandteil von Macht ist, sondern Ausdruck von Machtlosigkeit. Machtlosigkeit ist gegeben, wenn bestimmte gesellschaftliche Gruppen der Auffassung sind, dass sie – jetzt mit Max Weber gesprochen – ihren Willen nicht durchsetzen können und denken, dass sie zu wenig Einfluss in der Gesellschaft haben.

Wenn wir uns die Protestaktionen der "Letzten Generation" anschauen – also das Bewerfen von Gemälden mit Essen und das Festkleben auf Straßen zur Blockade des Verkehrs – sind diese für Sie ein Ausdruck von "Macht" oder von "Machtlosigkeit"?

Ich würde sagen, es ist beides. Auf der einen Seite ist es natürlich so, dass die Aktivist*innen Macht ausüben. Denken Sie zum Beispiel am Ende November in Magdeburg, als sich Personen auf die B1 geklebt haben. Diese hatten natürlich in dieser Situation Macht über die Autofahrer*innen, weil diese nicht weiterfahren konnten und dadurch vielleicht zu spät zur Arbeit kamen.

Man kann es aber natürlich auch im Sinne von Hannah Arendt interpretieren, also dass die Aktivist*innen der Letzten Generation das Gefühl haben, im normalen politischen Prozess nicht genug gehört zu werden und dann aus dem Gefühl einer gewissen Ohnmacht zu diesen Aktionen greifen. Diese sind dann der Versuch eines Auswegs aus dieser empfundenen Machtlosigkeit.

Im Netz und in Talkshows wird meist nur gegen diese Aktivist*innen gehetzt. Eine Aktivistin der "Letzten Generation", Aimée von Baalen, sagte in einer Debatte bei "Maischberger", dass ziviler Widerstand gerechtfertigt und notwendig sei, weil durch das Nichterreichen der Klimaziele geltendes Recht gebrochen werde. Wie würden Sie diese Aussage einordnen?

Also ich denke, dass diese Aussage zumindest teilweise gerechtfertigt ist. Es ist klar, dass bestimmte gesellschaftliche Fortschritte auch mithilfe von zivilem Ungehorsam erreicht wurden, gerade bei Umweltfragen. Die Startbahn West, also der Aus-

bau des Frankfurter Flughafens, ist ein Beispiel, bei dem es in den 1980er Jahren große Proteste gab und auch Menschen zu Tode gekommen sind. Ein anderes Beispiel sind die Demonstrationen gegen die Kernkraft, die ebenfalls ihren Höhepunkt in den 1980er Jahren erreichten. Ich glaube schon, dass man für gesellschaftlichen Fortschritt zivilem Ungehorsam braucht. Die Frage ist aber, ob dieser in diesem Fall legitim ist. Insbesondere muss man zwischen zivilem Ungehorsam und „Widerstand“ im Sinne des Grundgesetzes unterscheiden. Die Legitimität von Widerstand beruht auf einem Verfassungsprinzip. Der hier relevante Artikel 20 des Grundgesetzes legitimiert Widerstand gegen Angriffe auf unsere Verfassung als Ganzes, zum Beispiel durch einen Staatsstreich, nicht jedoch gegen einzelne Projekte der Regierung oder politische Entscheidungen, die manchen nicht gefallen. Dies ist ein ganz anderer Hintergrund als hier angesprochen. Wenn jemand versucht, in Deutschland die Demokratie abzuschaffen, dann ist dagegen Widerstand auch legitim. Das hängt damit zusammen, dass das Grundgesetz auch als Antwort auf die nationalsozialistische Herrschaft entwickelt wurde.

Bezüglich des Nicht-Einhaltens der Klimaziele und dem Brechen geltenden Rechts: Die Bundesregierung ist natürlich verpflichtet, die Beschlüsse des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Das muss durch eine wirksame Klimapolitik

erreicht werden. Dazu ist aber anzumerken, dass das Pariser Klimaabkommen keine verbindlichen Emissionsmengen vorschreibt. Die Bundesregierung ist hier vor allem an die Verpflichtungen der EU gebunden. Hier gibt es zum einen den EU-Emissionshandel, der Schritt für Schritt die erlaubte Menge an ausstoßenden Treibhausgasen verringert. Zum anderen muss Deutschland in den Sektoren, die von diesem Emissionshandel nicht erfasst werden, im Rahmen der EU-Klimaschutzverordnung ebenfalls massiv Emissionen verringern. Dazu wurde unter anderem die CO₂-Bepreisung in Deutschland eingeführt.

Was ich allgemein zu Aktionen der Letzten Generation in Bezug auf Machttheorien anmerken möchte: Laut Hannah Arendt ist die Fähigkeit von Menschen mit gleichen Interessen, sich zu Gruppen zusammenzuschließen, ein wichtiger Faktor, um Macht in der Gesellschaft zu erlangen und Ziele durchsetzen zu können. Die Aktionen der Letzten Generation können dieses Ideal in Gefahr bringen, denn wirksame Klimaschutzmaßnahmen können nur gelingen, wenn dabei alle Bürger*innen mitgenommen werden, auch die, die bislang noch nicht von deren Notwendigkeit völlig überzeugt sind. Es besteht sonst die Gefahr, dass eine elitäre Klimaschutzbewegung entsteht, die sehr weit von den Bürger*innen weg ist und eher spaltet als integriert. Es müsste mehr dafür getan werden, Menschen, die beispielsweise angesichts der aktuellen Arbeits- und Mobilitätsbedingungen eben täglich mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, ins Boot zu holen und zu vermitteln, dass Klimaschutz uns alle etwas angeht. Rechtlich legitime Demonstrationen und Blockaden würde ich auf jeden Fall unterstützen, die gab es auch früher bereits gegen Castor-Transporte und Atomkraft. Die Frage ist, wie weit der zivile Ungehorsam geht, bevor er sich radikalisiert und nicht

mehr legitim ist. Wenn nach Hannah Arendt die Möglichkeit sich zusammenzuschließen gefährdet ist, und die Klimaaktivist*innen relativ isoliert und ohne größeren gesellschaftlichen Rückhalt dastehen, könnte es zu einer Radikalisierung kommen, die ich ablehne. Klimaschutz kann nur und muss mit demokratischen Mitteln verwirklicht werden, die allerdings friedliche Proteste und Demonstrationen einschließen.

Vor kurzem fand die COP27 Konferenz in Ägypten statt. Dabei sitzen Regierungsvertreter*innen diverser Länder an einem Tisch. Wer würden Sie sagen hält da die Macht in den Händen?

Es gibt die UN-Klima-Rahmenkonvention UNFCCC, zu deren Umsetzung jährlich die COP (Conference of the Parties) stattfindet. Im Rahmen dieser ist 2015 das Pariser Abkommen beschlossen worden. Im Rahmen der seitdem folgenden COPs verhandeln die Vertreter*innen der Länder konkrete Maßnahmen, wie das Pariser Klimaabkommen umgesetzt werden soll. Ich würde sagen, dass die Macht dabei nicht gleich verteilt ist, auch wenn teilweise dieser Eindruck entsteht. Natürlich haben die Industrienationen – auch durch ihre wirtschaftliche Stärke – mehr Macht als die Länder des globalen Südens, und umgekehrt gibt es Länder, die stärker vom Klimawandel betroffen sind als wir bislang.

Es soll in Zukunft einen Fonds geben, durch den Länder, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, unterstützt werden. Ist das für Sie ein wichtiger Schritt in Richtung Gerechtigkeit bzw. eines Ausgleichs dieser Machtungleichheit?

Über diesen Fonds wurde auch schon während des Pariser Klimaabkommens diskutiert. Jetzt besteht die Schwierigkeit, den Ländern ein Bekenntnis abzurufen,

STATIONEN INTERNATIONALER KLIMAPOLITIK

- 1979**
Erste Weltklimakonferenz
- 1988**
Gründung der IPCC: Intergovernmental Panel of Climate Change
- Seit 1990**
Verhandlungen über eine UN-Klimarahmenkonvention
- 1992**
UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio
- 1994**
In Kraft treten UN-Klimarahmenkonvention
- 1995**
Erste "COP" in Berlin
- 1997**
Kyoto Protokoll (2005 völkerrechtlich in Kraft getreten)
- 2015**
Pariser Klimaschutzabkommen

wie viel Geld sie in diesen Fonds einbringen werden.

Es ist natürlich ein Schritt in die richtige Richtung, es ärmeren Ländern zu ermöglichen, Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen, die ohne Hilfe dazu nicht in der Lage wären. Momentan ist es jedoch schwer zu überprüfen, wie „gerecht“ der Fonds sein wird. Dabei wäre nämlich wichtig, (1) wie stark der Fonds ausgestattet ist, (2) wer überhaupt zahlt, (3) ob überhaupt alle bereit sind auch einzuzahlen, (4) ob die Mittel hoch genug sind, dass damit effektive Klimaschutzmaßnahmen auch ergriffen werden können und (5) ob es in der Praxis auch funktioniert. Es gibt leider auch Strukturen und politische Akteure in unterstützten Ländern, die vielleicht gar kein Interesse daran haben, dieses Geld dann auch für Klimaschutzmaßnahmen zu nutzen, sondern es für andere Sachen nehmen.

Luisa Neubauer nannte die COP27 in einem Tweet "eine Farce". Ihr wurde nicht genug auf den Ausstieg aus den fossilen Energien gedrängt und die Pläne zur Reduktion von Emissionen blieben zu vage. Wie schätzen Sie das Ergebnis der COP27 ein?

Bei diesen Klimakonferenzen geht es um Macht und Interessen und der Klimaschutz ist global gesehen nicht immer das mächtigste politische Thema. Die Vagheit der Reduktion von Emissionen ist so ein bisschen ein „Konstruktionsproblem“ des Pariser Abkommens. Das Pariser Abkommen basiert auf einer verbindlichen Absichtserklärung, Emissionen zu senken – die Länder haben sich darauf geeinigt, dass sie das 2° bzw. 1,5° Ziel in Angriff nehmen wollen –, aber im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll gibt es keine festgelegten Emissionsmengen, die eingespart werden sollen. Die Maßnahmen der einzelnen Staaten sind flexibel. Bei den COPs wird dann diskutiert, welche Anstrengun-

gen Staaten übernehmen können und wie diese gegenüber den anderen Vertragspartner*innen auch nachgewiesen werden können. Ich denke, der Kompromiss im Pariser Klimaabkommen konnte nur ratifizierbar verhandelt werden, weil man auf verbindliche Emissionsmengen verzichtet hat. Dieses Abkommen spiegelt so ein bisschen wider, was in der internationalen Klimapolitik, die von Macht und Interessen der verschiedenen Staaten geprägt ist, möglich ist. Sonst wäre es wahrscheinlich nie zum Unterzeichnen gekommen.

Würden Sie sagen, dass Konferenzen wie die COP27 für die Erstellung und Durchsetzung von Klimazielen effektiv sind, oder ist die "Machtverteilung" auf verschiedene Entscheidungsträger*innen gerade bei der Frage des Klimawandels auch ein Nachteil?

Die „Machtverteilung“, also dass viele Akteur*innen eine Rolle spielen, ist per se kein Nachteil, das wollen wir ja in einer Demokratie. Damit einher geht natürlich die Möglichkeit für viele verschiedene Interessengruppen sich frei zu äußern und zu versuchen Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Wenn es jetzt um global einschneidende Maßnahmen geht, kann man natürlich sagen, dass es ein Nachteil ist, wenn Entscheidungen verzögert und bestimmte Maßnahmen abgeschwächt werden. Das ist aber auch so ein bisschen das Wesen der Demokratie, also das man am Ende eben solche Kompromisse eingeht. Das lässt sich nur schwer verhindern, weil sonst wäre zu überlegen, was wir für eine alternative Staatsform brauchen, und dann ist man schnell bei autoritären Staaten. Eine Klimadiktatur wird auch diskutiert, aber davor warne ich, denn ein solcher Staat würde seine Autorität dann nicht allein auf die Klimapolitik beschränken. Es könnte auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu

Einschränkungen der individuellen Freiheit und mehr Autoritarismus führen.

Nachdem Nancy Pelosi im August 2022 Taiwan besuchte, brach China vorerst alle Verhandlungen zu den USA ab, so auch alle Verhandlungen bezüglich des Klimaschutzes. Diese sollen jetzt nach der COP27 wieder aufgenommen werden. Inwiefern können die mächtigsten Länder der Welt den Klimawandel instrumentalisieren, um ihre Außenpolitik durchzusetzen?

Das ist eine sehr facettenreiche Frage. Allgemein ist ein Mechanismus, der in der politökonomischen Theorie diskutiert wird, dass es beim Klima um ein globales öffentliches Gut geht, und einzelne Staaten dadurch großen Anreizen unterliegen, nichts für den Klimawandel zu tun und sich auf das Handeln anderer Staaten zu verlassen. Sie sind sogenannte Trittbrettfahrer. Vom „geretteten Klima“ profitieren ja auch Staaten, die nicht so viel für den Klimaschutz getan haben. Da könnte man also sagen, Staaten instrumentalisieren das Klima, indem sie sich auf das Verhalten anderer Staaten verlassen und selbst nichts tun.

Natürlich kann man es auch so sehen, wie Sie es hier ansprechen. Die Klimakrise wird hinsichtlich des Erreichens anderer politischer Ziele instrumentalisiert, indem Staaten damit drohen, aus Klimaverhandlungen auszutreten. Instrumentalisierung würde ich aber auch in einer anderen Perspektive sehen, also beispielsweise in Bezug auf den globalen Klimafonds oder Klimaschutzprojekte. So etwas kann von Ländern instrumentalisiert werden, die die eigene Umwelttechnik exportieren wollen und damit wirtschaftliche Interessen verfolgen. Es geht selten nur um Wohltätigkeit, sondern Länder haben natürlich auch ein Interesse die eigene Wirtschaft zu stärken. Eine Dimension davon wären auch

Entwicklungsprojekte. China zum Beispiel investiert in verschiedene Projekte in Afrika und baut dort Infrastruktur. Dabei geht es auch um einen gewissen Ideologieexport bzw. den Export eines bestimmten gesellschaftlichen Modells. China will zeigen, dass nicht nur der Westen „gut“ ist, sondern auch ein kollektivistisches Gesellschaftssystem und Sozialismus, wie er in China existiert, leistungsfähig ist und nachahmenswert sein kann.

Wo denken Sie werden in Zukunft die wichtigen Entscheidungen bezüglich des Klimawandels getroffen werden? Müssen wir uns mit Konferenzen wie der COP27 abfinden?

Die wichtigen Entscheidungen bezüglich des Klimawandels werden meiner Meinung nach täglich getroffen. Wenn ich sage, ich fahre mit dem Fahrrad statt mit dem Auto, dann geht das in Richtung Klimaschutz und wenn das alle machen, dann muss die Politik überlegen, Städte zu bauen, die die Fahrradfahrer*inneninteressen stärker als bisher berücksichtigen. In Magdeburg ist das leider erst in Anfängen vorhanden. Dabei kann die Nachfrage von Bürger*innen und Aktivist*innen schon sehr helfen, denn die Politik oder auch die Wirtschaft reagiert durchaus auf unterschiedliche Ansprüche. Ein Beispiel dafür wäre die Diskussion um den Fleischkonsum. Es ist zu beobachten, dass der Fleischkonsum langsam abnimmt und ich denke schon, dass das die Landwirtschaft und Unternehmen, die diese Produkte anbieten, beeinflusst. Die einzige negative Botschaft dabei ist, dass diese Wandlungsprozesse sehr träge sind und für manche Aktivist*innen ist das nicht schnell genug.

In der internationalen Klimadiplomatie werden wir uns mit den COPs abfinden müssen und ich denke, dort werden weiterhin in Zukunft die Entscheidungen bezüglich des Klimaschutzes getroffen

werden. Das Problem ist so ein bisschen, dass die Bürger*innen immer riesige Erwartungen an diese COPs haben, aber nur wenig verstanden wird, was deren eigentliche Funktion ist. Es geht eben oft darum, bestimmte Teilaspekte oder auch technische Fragen zu besprechen, um Klimaschutzabkommen umsetzen zu können. Macht und Interessen können dann dazu führen, dass dabei „nicht so viel rauskommt“. Dadurch kommt dann eine Diskussion zustande, die die Struktur dieser internationalen Klimapolitik in Frage stellt. Diese fehlgeleitete Vorstellung der Rolle der internationalen Klimakonferenzen basiert auf der Annahme, dass es eben ein Machtzentrum geben müsse, wo dann ein Abkommen zwischen allen Ländern beschlossen wird. Dabei herrscht die Vorstellung, dass die UN sehr mächtig sei und so etwas wie eine Weltregierung verkörpere, die Klimaschutz hierarchisch durchsetzen könne. Dies ist allerdings mitnichten der Fall. Die UN ist eher schwach, weil im Völkerrecht das Prinzip der Souveränität der einzelnen Staaten gilt und kein Staat einem anderen vorschreiben darf, was er klimapolitisch tun muss. Die Hoffnung basiert hier auf Diplomatie, Verhandlungen und Verträgen. Dazu kommt, dass internationale Beziehungen zunächst einmal vom Prinzip der „Anarchie“ geprägt sind: jedes Land verfolgt danach eigene Interessen und versucht diese auch im internationalen System durchzusetzen. Unter solchen Bedingungen ist es schwer, einen global wirksamen Klimaschutz durchzusetzen. Allerdings gibt es auch Hoffnung: Zum einen existieren ja Staaten, die bereits erfolgreich wichtige Schritte in Richtung Klimaneutralität unternommen haben, Schweden zum Beispiel.

Zum anderen werden wissenschaftlich sogenannte polyzentrische Lösungen als vielversprechend diskutiert, also dass Pioniere (Zentren oder Pilotprogramme in

bestimmten Regionen der Welt) anderen Staaten als Inspiration dienen können. Das ist ganz interessant, weil es auch eine wichtige These der Umweltpolitikforschung ist, dass es einzelne Pioniere gab, die angefangen haben, Umweltpolitik zu betreiben und irgendwann andere Länder gesehen haben, dass das nichts Schlechtes ist, sondern mittel- und langfristig sogar der eigenen Wirtschaft hilft, und angefangen haben diese Pioniere nachzuahmen. Deutschland könnte natürlich so ein Pionier sein. Da würde ich auch sagen, dass die politischen Anstrengungen dafür bisher zu gering sind. Dass man z.B. Kohle weiterlaufen lässt, obwohl diese besonders viel CO₂ ausstößt, dass wir Gas in undemokratischen Ländern kaufen oder LNG-Terminals bauen. Das kann man zwar politikwissenschaftlich mit den Folgen der Energiekrise nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine erklären – klimapolitisch ist das natürlich eigentlich völlig kontraproduktiv. ●

Impressum Ansprechpartner*innen

Herausgeber*innen:

Redaktion tja ?!

Adresse:

Büro für Gleichstellungsfragen
Universitätsplatz 2, Gebäude 18, Raum 240
39106 Magdeburg

Instagram:

@tja_diezeitschrift

E-mail:

tja@ovgu.de

Redaktion:

Daniel Borda, Francis Göbecke, Luisa Göde, Lena Kröger,
Paula Meißner, Kaleigh O'Brian, Sarah Richard, Aleksandra
Rutkowska, Rosa Wasiak, Hanna Westermann

Gestaltung, Typographie, Bildbearbeitung:

Daniel Borda, Paula Meißner, Sarah Richard, Aleksandra
Rutkowska, Rosa Wasiak, Hanna Westermann

Coverdesign:

Aleksandra Rutkowska

Bildnachweise:

Seite 4, 5, 6, 21, 31, 39 : Aleksandra Rutkowska; Seite 2: Pe-
xels; Seite 3: Rosa Wasiak; Seite 7: OVGU; Seite 14, 15, 16:
Sidum e.V., Ingenieure ohne Grenzen e.V., Studentischer
Börsenverein Magdeburg, Queer Campus Magdeburg; Sei-
te 22: Rosa Wasiak; Seite 24: Pixabay; Seite 25: Wir sehen
hin e.V., Canva; Seite 27: Wir sehen hin e.V.; Seite 28,29:
Pixabay; Seite 30: Luisa Göde, Seite 32 - 36: Daniel Borda;
Seite 47: Rosa Wasiak

Druck:

Printzipia, eine Marke der bonitasprint GmbH
Max-von-Laue-Straße 31,
97080 Würzburg

Erscheinungsrythmus:

einmal im Semester

Auflage:

500 Stück

Die Studierendenzeitschrift tja?! wird als PDF-Datei online
unter der Internetadresse: <https://www.bfg.ovgu.de/tja>



<https://stura-md.de>

<https://wiki.stura-md.de/wiki/Hauptseite>

Bei Fragen, Anregungen, Ideen, Kritik kannst du zu unseren Büroöffnungszeiten vorbeischaun. Unser Büro findest du im Gebäude 26 (Hörsaal 1) neben dem Kaffeeautomaten.

If you have any questions, suggestions, ideas, or criticism you can drop by during our office hours. You can find our office in building 26 (lecture hall 1) next to the coffee machine.



☎ 0391 – 67 18971

☎ 0391 – 6711421

✉ stura@ovgu.de

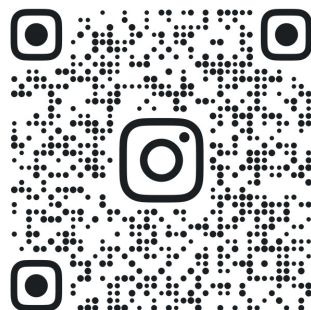


OTTO-VON-GUERICKE-UNIVERSITÄT MAGDEBURG

studierendenrat

STUDENT COUNCIL

Studierendenrat der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
Universitätsplatz 2
Gebäude 26
39106 Magdeburg



@STURA_OVGU

Project funding applications: verwaltung@stura-md.de

For financial questions or accounting: finanzen@stura-md.de

Projektförderungsanträge: verwaltung@stura-md.de

Bei finanziellen Fragen oder Abrechnungen: finanzen@stura-md.de